

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

3.3.1926 (No. 102)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung mit Industrie- und Handelszeitung Begr. 1803 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1803

Bezugspreis: monatlich M. 2.50 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 2.25. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.50 auschl. Postgeb. Im Falle höherer Gewalt bei der Zeitung keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsbeginn angenommen. Ein Jahrverkaufpreis: Bietlage 10 M., Sonntag 15 M. Anzeigenpreis: die 9-spaltige Normalzeile oder deren Raum 75 Pfg., auswärts 80 Pfg., Restabgabe M. 1.—, an erster Stelle M. 1.20. Stellenbesetzungs- und Familienanzeigen sowie Stellenanzeigen ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Abrechnung des Zeitungspreises, bei geschuldeter Beitragszahlung und bei Kontanten außer Kraft. Beilagen: Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Musik, Landwirtschaft und Garten, Literatur.

Hauptverleger H. v. Loeper. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den Nachrichten: Hans Vogt; für den Handel: Oskar Rippel; für die Industrie, Handel, Gewerbe und Sport: Heinrich Gerhardt; für die Kunst und die Literatur: Karl Jäger; für die Musik: Anton Rudolph; für die Frauenzeitschrift: Käthe Dr. E. Zimmermann; für die Anzeigen: S. Schriener, sämtlich in Karlsruhe. Druck u. Verlag: G. J. Müller, Karlsruhe, Ritterstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. H. Jäger, Berlin-Sieglin, Sedanstraße 17. Telefon 3001. Telegramm 1119. Für unentgeltliche Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Schriftsätze der Redaktionen von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanstalt: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1023. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Der Reichskanzler über die Völkerbundsfrage.

Alleinige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat oder Zurückziehung des deutschen Aufnahmegesuches.

Eine bündige Erklärung Luthers an die Alliierten.

(Eigener Bericht des „Karlsruher Tagblattes“.)

Dr. R. J. Berlin, 2. März.

Am Reichstage und im preussischen Landtage ist der Bericht gemacht worden, eine außerpolitische Debatte herbeizuführen, bevor die Mitglieder der Reichsregierung, die für die Genfer Delegation bestimmt sind, nach der Schweiz abfahren. Diejenigen Parteien, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ablehnen, wünschen offenbar, daß vor der Genfer Entscheidung noch einmal die Stimme der Opposition in Deutschland über die Grenzen Deutschlands hinaus schallen solle. Dieser parlamentarische Versuch ist gescheitert. Im Einverständnis mit dem Außenminister haben die Regierungsparteien die Beiprehung abgelehnt. Da auch die Sozialdemokraten sich auf den Standpunkt stellen, daß die außerpolitische Debatte in diesem Augenblick inopportun sei, war die Mehrheit gesichert. Die Regierungsparteien verweisen darauf, daß die heutige

Nachdem auch außerhalb Deutschland die Mächte die Oberhand gewonnen, die diesen Weg anstrebten, konnte Deutschland mit erhöhtem Nachdruck um die Erreichung einer Lösung ringen, die den wirklichen Frieden bedeutet, der nur möglich ist, wenn Deutschland seiner Größe und seiner Bedeutung entsprechend wieder als Großmacht in den Kreis der Völker eintritt. Von der Erreichung des endgültigen Zieles sind wir freilich weit entfernt; doch worauf es für die praktische Politik ankommt, ist lebhaft:

Jeder Schritt, den wir tun, muß uns weiter nach oben führen, wobei es oft fruchtlos bleiben wird, ob nicht der einzelne Schritt noch größer hätte sein können. Die politischen Ergebnisse, wie die Räumung von Dortmund und der Sanctionsstädte, sowie der dortigen Zone sind auf der geraden Linie der bisherigen Politik erwachsen. Auch die Wiederaufrichtung der durch den Krieg geschlagenen europäischen Wirtschaft ist nur denkbar, wenn die großen nationalen Kräfte nicht im Gegensatz zu einander, sondern in gleichberechtigter Arbeit entwickelt werden. Hier hat die Arbeit der Staatsmänner eingesetzt und schließlich zum Abschluß von Locarno geführt, das ich als die Schaffung einer auch für Deutschland vorteilhaften neuen Grundlage des politischen Europas betrachte und das gleichwohl uns in keiner Weise eine weltpolitische Option zwischen Ost und West auferlegt, die ich als unmöglich für Deutschland erachte. Das deutsche Volk wird sich, wie ich bestimmt annehme, immer mehr in das Bewußtsein hineinleben, daß es aus der nun einmal für Deutschland gegebenen Lage aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gar keinen anderen Weg als die aufrichtige Verfolgung der Verwirklichungspolitik gibt.

Alle wissen, daß der Locarnoakt erst wirksam wird durch den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Deutschland will und wird als Mitglied des Völkerbundes dem Gedanken der Völkerbundgemeinschaft fähig sein. Deutschland wird sich in Wahrnehmung der Völkerbundsinteressen von keinem anderen Staate überreifen lassen. Zunächst muß ich aber leider einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Absendung unseres Eintrittsgesuches hervorgetreten ist, und der eine

ernte Gefahr für das ganze Werk von Locarno

zu werden droht, das durch die gemeinsamen Anstrengungen des letzten Jahres errichtet wurde. Bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war es für uns ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt in den Völkerbund irgendwelche bedeutungsvolle Änderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden könnten. Auch als die Vertragspartner die Verbindung zwischen Sicherheitspakt und unserem Eintritt in den Völkerbund anregten, ist keinerlei Anregung erfolgt, aus der etwas anderes entnommen werden konnte. Um so selbstverständlicher war es von vornherein, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur dann erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. Dies ist von allen beteiligten Regierungen auch anerkannt worden.

Alle Erwägungen in Deutschland über die Bedeutung unseres Eintritts in den Völkerbund sind demnach von der Tatsache der jetzigen Organisation, besonders der jetzigen Zusammensetzung des Rates und von der einzigen Erwägung ausgegangen, daß Deutschland einen ständigen Sitz sofort bekommen sollte.

Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Sitzes an Deutschland mit einer weiteren Änderung in der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Wer auf Grund bestimmter Absichten seine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden. Es ist neuerdings gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein in Aussicht genommener Plan sei zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passendste Gelegenheit biete. Wäre dem so, dann wäre es wohl das Gegebene gewesen, die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hiervon zu verständigen. Mir ist auch nicht bekannt, daß die jetzt erörterten Veränderungen jemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung oder des Rates gestanden haben. Wir haben von derartigen bestimmten Absichten erst Kenntnis erhalten durch die Presseerörterungen, die un-

mittelbar nach Absendung unseres Völkerbundsantrages einsetzten. Jede Meinungsäußerung über etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes würde Deutschland zurzeit in eine völlig unumgängliche Lage bringen, um es freizusprechen, solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es auch noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und Einfluß in die Einzelheiten des Völkerbundsorganismus genommen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung oder Organisation des Rates Stellung nehmen. Denn es muß doch darauf festgehalten werden, daß es sich bei der Entscheidung über etwaige Veränderungen nicht um die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten handelt, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen.

Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unfassbar, daß man es in der Frage der Ratssitze dahin kommen lassen könnte, daß die Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstückt und die Aussicht, die die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund eröffnet, noch im letzten Augenblick vernichtet würde.

Deutschland steht in seiner Auffassung nicht allein da. Das bekräftigt meine Hoffnung, daß diese Auffassung noch vor unserer Abreise nach Genf oder jedenfalls in Genf selbst Geltung gewinnt.

Ich spreche diesen Standpunkt der Reichsregierung mit aller Offenheit und in vollem Vertrauen darauf aus, daß auch die anderen Mitglieder des Völkerbundes dem Deutschen Reich Vertrauen für seine künftige Haltung entgegenbringen. Seit die Locarno-Verhandlungen begonnen haben, haben wir gesehen, welche Fortschritte erzielt werden können, wenn die politischen Fragen mit Offenheit und Vertrauen behandelt werden.

Die Völker haben den Anspruch darauf, daß dieser Weg auch weiter verfolgt wird. Zwar habe ich öfters ausgesprochen, daß Deutschland die Frage, ob es in den Völkerbund eintreten soll oder nicht, einfach von der Entscheidung darüber abhängig gemacht, ob es glaubt, innerhalb oder außerhalb des Völkerbundes den deutschen Interessen besser dienen zu können. Würde die Frage des Eintritts aber bejaht, so bedeuete dies, daß Deutschland die großen Gedanken der Völkerbundgemeinschaft sich zu eigen macht.

Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland im Rahmen der Völkerbundsgemeinschaft in einer Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es selbst den Interessen der anderen Völker Berücksichtigung und Verständnis entgegenbringt.

Wir wollen mit aller Kraft die Leistungsfähigkeit des Bundes erhöhen und seine großen Friedensgedanken entwickeln helfen.

Roch ein Wort an meine deutschen Mitbürger: Für einen großen Teil des deutschen Volkes bedeutet der Eintritt in den Völkerbund die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches, auf den große Hoffnungen gesetzt werden. Aber falls der Eintritt nicht in letzter Stunde scheitert, ist auch für die anderen, die nur zögernd zugestimmt haben, oder ihre Bedenken überhaupt nicht überwinden konnten, nunmehr die Stunde gekommen, sich positiv auf den Boden des Völkerbundes zu stellen. Die große innere Entscheidung über den Eintritt ist gefallen. Jetzt kommt es darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um im Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit zu arbeiten. Der Eintritt in den Völkerbund unterscheidet sich von den anderen Stufen unseres mühsamen Aufstiegs dadurch, daß er uns eine neue Bahn zur politischen Betätigung deutscher Kraft eröffnet. Wir wollen die dadurch gegebene Möglichkeit voll ausnützen und müssen darnach streben, daß ganz Deutschland geschlossen hinter unserer Vertretung im Völkerbund steht.

Lacht uns unerschütterlich an Deutschland glauben, aber laßt uns auch mit festem deutschen Willen darauf vertrauen, daß positive und hingebungsvolle Arbeit im Völkerbund die Welt weiter voranzuführen wird zum Segen der ganzen Menschheit, damit die starken Kräfte des deutschen Volkes und der deutschen Kultur sich in voller Freiheit wieder entfalten können! Die Rede des Reichskanzlers wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Gedanken zur Finanzreform.

Von

Dr. Otto Süss, M. d. R.

Der Arbeitsplan des neuen Reichsfinanzministers beruht auf den Grundgedanken, daß die Wirtschaft von dem Steuerdruck entlastet und daß die Steuerermäßigung durch höhere Sparanfänge in Reich, Ländern und Gemeinden ausgeglichen werden muß. Ueber dieses Programm herrscht weitgehende Einigkeit. Umstritten aber ist auch im Lager der Regierungsparteien die Frage, wo man bei der Erleichterung des Steuerbundes ansetzen soll. Zu dieser Frage nimmt der Verfasser kritische Stellung.

Wer sich seit längerem mit den Problemen der deutschen Steuergegebung beschäftigt, wird durch die Ankündigungen des Herrn Reichsfinanzministers einigermaßen überrascht sein. Daß wir sowohl einen Steuerabbau wie eine Finanzreform notwendig haben, ist unbestritten, und daß es erwünscht ist, mit energischer Hand beides durchzuführen, nicht weniger. Immerhin erregt sich doch die Frage, ob das, was der neue Reichsfinanzminister auf dem Gebiete der Steuererleichterung in Aussicht gestellt hat, die organische Reform der deutschen Steuergegebung von der richtigen Seite ansieht.

Wenn man die Ankündigungen näher betrachtet, so enthalten sie im wesentlichen die Forderungen, mit denen die demokratische Partei, insbesondere Herr Dr. Fischer, im Steuerausgleich des Reichstages im verflossenen Jahre stets aufgetreten ist. Es war das Steuerverbot des Herrn Dr. Fischer, den Abbau der Steuern in erster Linie über die Umsatzsteuer zu betreiben. Während die meisten Parteien der restlosen Abschaffung der Lohnsteuer zustimmten und nur die Regierung von Schließen sich dagegen wehrte, war die Beibehaltung der Körperschaft- und Rotwendigkeit eines bestimmten Abbaues der Umsatzsteuer doch schon wesentlich kritischer. Auch für diesen Abbau der Umsatzsteuer sind zweifellos alle bürgerlichen Parteien eingetreten, immerhin unter der Voraussetzung, daß die daraus fließenden Summen entbehrlich sind und der organische Abbau unserer Steuergegebung nicht darunter leidet. Die erste Frage, ob die Steuern entbehrlich sind, will ich hier nicht behandeln, da sie mit den Reformproblemen weniger zu tun hat. Wer aber an einen organischen Abbau unserer Steuergegebung denkt, muß in allererster Linie die Frage der Lösung des Finanzausgleichs (Steuerverteilung) dabei im Auge haben.

Daß dieser Finanzausgleich der Kernpunkt unserer gesamten Steuergegebung für die Zukunft sein wird, ergibt sich aus der schwierigen finanziellen Lage der Länder und Gemeinden ohne weiteres. Hierbei spielt wiederum die Frage der Gewährung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer die Hauptrolle. Die sicherlich starken Bedenken, die gegen eine Bewilligung des Zuschlagsrechts an die Gemeinden und Länder vorhanden sind, sind in der letzten Zeit noch verstärkt worden durch den weiteren Abbau der Steuerpflichtigen mit dem Entschle, daß zurzeit etwa 3 Millionen Einkommensträger in Preußen von der Einkommensteuer befreit sind. Wenn damit schon das Instrument der Einkommenssteuerzuschläge gegenüber den verbleibenden Steuerzahlern sehr verächtlich wird, so ist das in erhöhtem Maße der Fall, wenn diese Einkommenssteuerzuschläge auf Tarifen aufgebaut werden, wie sie das Reichseinkommensteuergesetz vorsieht. Um des sozialen Zweckes willen, die unteren Einkommensträger aus der Steuerpflicht zu entlassen, ist der Tarif für die Einkommensteuer über Gebühr angepaßt. Er überschreitet sogar nach der Meinung der Regierung die „moralische“ Grenze, die man einem solchen Tarif setzen muß. Jedenfalls wirkt das freie Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden auf derartige Reichseinkommensteuertarife ganz außerordentlich schärf, und es wäre meines Erachtens unbedenklich und notwendig gemein, den Ertrag der Umsatzsteuer nicht ohne weiteres preiszugeben, bevor nicht die Frage geprüft wird, was hat zu geschehen, um den Einkommenssteuertarif so zu gestalten, daß tatsächlich das Zuschlagsrecht der Gemeinden und Länder auf dem Reichseinkommensteuergesetz aufgebaut werden kann.

Nimmt man hinzu, daß diejenigen, die von den Tarifen des Einkommensteuergesetzes besonders scharf erfaßt werden, zugleich die wichtigsten Träger der lokalen Gewerbe- und Industrieerträge sind, so kommt man zu dem Schluß, daß es doppelt notwendig gemein wäre, zunächst einmal bei den Einkommenssteuertarifen nach dem Notwendigen zu sehen, bevor das Einkommen aus der Umsatzsteuer leichter Servens preisgegeben

die deutsche Stellung an der wichtigsten Frage der deutschen Außenpolitik klar lassen würde. Das ist in der Tat auch mit aller Mühsamkeit Eindeutigkeit gegeben. Die Bedeutung der Hamburger Kanalarrede liegt zunächst auf internationalem Gebiet. Das englische Kabinett kann die Haltung der deutschen Regierung bei seinen morgigen Erwägungen, die die englische Entscheidung in der Frage der Ratssitze bringen soll, in Betracht ziehen. Das ist von Wichtigkeit angesichts des Kompromisses, das von Chamberlain stammen und den Inhalt haben soll.

Daß zwar Deutschland jetzt allein aufzunehmen werde, aber vorher seine Zustimmung zu der im September erfolgenden Aufnahme Polens geben soll.

Dr. Luthers hat unzweideutig heute festgestellt:

1. beharrt Deutschland auf dem Standpunkt, daß es am 8. März allein in den Völkerbundsrat aufgenommen werden muß.

2. lehnt Deutschland jede Erörterung über die Organisation des Völkerbundes ab, solange Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Die für den Sonntag vorgesehene Vortragsrede darf sich also nicht mit diesem Punkte beschäftigen. Damit weiß Chamberlain, daß sein Kompromiß zwischen seiner eigenen Nachgiebigkeit Frankreich und Polen gegenüber und der Forderung der englischen Öffentlichkeit keine Gegenliebe bei der deutschen Regierung gefunden hat. Diese Haltung der deutschen Regierung, die Dr. Luthers klar, energisch und in bündiger Form zum Ausdruck gebracht hat, wird bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes zustimmenden Widerhall finden.

Die Ausführungen des Kanzlers.

: Hamburg, 2. März.

Um 6 1/2 Uhr abends fand im Rathaus aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers ein vom Senat gegebenes Abendessen statt. Bürgermeister Dr. Petersen hielt als Präsident des Senats den Reichskanzler im Kaiseraal mit einer Ansprache willkommen, in der er Dr. Luthers nicht nur als den verantwortlichen Führer der deutschen Republik, sondern vor allem auch als deutschen Mann, der sich seiner Pflicht gegen sein Volk immer bewußt gewesen sei, beehrte.

Hierauf ergriff

Reichskanzler Dr. Luthers

das Wort zu einer Ansprache. Einleitend kam der Kanzler auf die innenpolitischen Krisen von 1924 und 1925, die den Abschluß der Londoner Verhandlungen und der Abkommen von Locarno begleitet hätten, zu sprechen und erklärte dann u. a. folgendes:

Verantwortlich und selbstbewußt alles daran setzen, um die vorhandenen weltpolitischen Kräfte so zu nutzen, daß aus ihnen der möglichste Vorteil für das Vaterland entfließt, ist die einsame Lösung, die es für die Vorkriegszeit und die praktische Arbeit geben kann. Durch alle innerpolitischen Schwierigkeiten hindurch ist unsere außenpolitische Linie klar und unablenkbar geblieben und bleibt dies auch in Zukunft. Die deutsche Politik ist seit Abschluß des Weltkrieges aus den Voraussetzungen der Laue Deutschlands heraus den Weg gegangen, danach zu streben,

mit friedlichen Mitteln das durch den Krieg zerstückte Europa wieder aufzurichten.

Die heutige Ausgabe unseres Blattes umfaßt 14 Seiten.

wurde. Ich fürchte, daß für die Durchführung gerade dieses großen Problems des steuerlichen Ausgleichs zwischen Reich, Länder und Gemeinden die Verwirklichung des demokratischen Verlangens sich als außerordentlich hindernd und kompliziert erweisen wird. Diese meine Stellungnahme schließt durchaus nicht aus, daß im Laufe der Zeit auch die Umsatzsteuer weiter ermäßigt wird, aber erst dann, wenn die heutigen steuerlichen Probleme des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine erträgliche Lösung gefunden haben.

Friedensmiete nicht vor 1. Juli.

Berlin, 2. März.
Im Reichstag wurde heute in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten eine Novelle zum Finanzausgleichsgesetz angenommen, wonach die volle Friedensmiete nicht vor dem 1. Juli 1926 erhoben werden darf.

Deutscher Reichstag

TU Berlin, 2. März.
Auf der Tagesordnung des Reichstages stand zunächst eine Vorlage zur Änderung der Bestimmungen über die Wohnungsmiete. Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages, den Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben, wurde die Ausschlußfassung angenommen, nach der nur eine Verschiebung bis zum 1. Juli 1926 eintritt.

Es wurde dann die zweite Lesung des Haushaltsplans beim Arbeitsministerium fortgesetzt. Der sozialdemokratische Abg. Rohmann gab einen Überblick über das Verordnungs- und Gesetzeswesen. Zum Wohnungs- und Siedlungswesen beantragte Abg. Hüfmann (Soz.), den Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues für Beamte und Kriegsschadliche von 15 auf 20 Millionen zu erhöhen. Für wirksame Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens trat der demokratische Abg. Rönneburg ein. Abg. Lude (W.) verlangte die Aufhebung der Wohnungswangswirtschaft.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betonte, die Reichsregierung werde dem Schutz der Jugend ihre volle Aufmerksamkeit schenken. Das Jugendbeschäftigungsgesetz solle nächstens dem Kabinett vorgelegt werden.

Nach Schluß der Aussprache wurden die vorliegenden Anträge dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Nach Beendigung der zweiten Lesung des Haushaltsplans des Arbeitsministeriums folgte eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte über die Erledigung des Etats des Innenministeriums ein. Die Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten fordern sofort eine auswärtige Debatte, um zur Völkerbundfrage Stellung zu nehmen. Ein Antrag dieser Parteien, den Reichsaussenminister sofort herbeizurufen, wurde abgelehnt, desgleichen der Antrag auf sofortige Behandlung des auswärtigen Etats.

Es folgte die zweite Lesung des Haushaltsplans des Reichswirtschaftsministeriums. Den Ausschussbericht erstattete Abg. Stücken (Soz.).

Die Not der Winzer.

Eine deutschnationale Interpellation im Reichstag.
VDZ, Berlin, 2. März.

Im Reichstag ist folgende Interpellation Wallraf (DN.) eingegangen:

Die Vorgänge in Verulafel haben, so sehr auch deren Form zu bedauern ist, diejenigen, die die verzweifelte Stimmung der Winzer kennen, nicht übertraut.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der Not der deutschen Winzer zu steuern? Ist die Regierung in der Lage, schnellstens Erleichterungen auf dem Gebiete der

Weinsteuer und der Steuererhebung, sowie Verbesserungen beim Weingehalt einzuleiten zu lassen?

Ist sie ferner bereit, sich dahin zu erklären, daß sie unter keinen Umständen bei den noch abzuschließenden Handelsverträgen unter die kaum ausreichenden Weinzölle des italienischen Handelsvertrages heruntergehen wird?

Debatten im Haushaltsausschuss.

VDZ, Berlin, 2. März.
Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte heute die allgemeine Aussprache über das Innenministerium fort.

Abg. von Guérard (Str.) billigte die Aufstellung des Ministers, daß der Beamte die gegenwärtige Staatsform beibehalten muß und zwar in und außer dem Amt. An der Verhältnismäßigkeit halte das Zentrum grundsätzlich fest. Die Ausführungen des Ministers über das Reichsbeschäftigungsgesetz ließen die Anerkennung des Elternrechtes vermissen.

Abg. Dr. Mumm (D.N.) fordert baldige Verabschiedung des Gesetzes zum Schutze der kirchlichen Feiertage, er verlangt ferner schleunige Vorlegung des Reichsbeschäftigungsgesetzes unter besonderem Hinweis auf die Verhältnisse in Sachsen, wo ein zu 95 Prozent evangelisches Volk noch keine einzige evangelische Volksschule erreichen konnte.

Abg. v. Dr. v. D. (D.N.): Von den beamtenpolitischen Grundfragen des Ministers bejahen wir reiflos die Forderung innerer Verbundenheit mit dem Staat. Die Verfassung von Weimar muß bei aller Veränderungsbedürftigkeit den allein zulässigen Ausgangspunkt der weiteren verfassungsrechtlichen Entwicklung darstellen. Wir verlangen als Gegengewicht gegenüber den wechselnden Regierungen ein politisch sachlich arbeitendes und aus vorgebildeten Beamtentum. — Abg. Leicht (Wahr. Vpt.): Von den Beamten könne man nur die Respektierung der Verfassung verlangen. Abg. Morath (D.V.): wünscht eine Wendung des Gesetzes über die Einschränkung in die eigenen Personalakten der Beamten.

Reichsminister des Innern, Dr. Käls, erklärt, daß über die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes in erster Reihe das Reichskabinett zu entscheiden habe. Immer sei von dem Grundgedanken auszugehen, daß das einzelne Fundament, auf dem man das deutsche Staatsgefüge aufbauen könne, die Verfassung sein und bleiben müsse. Die sofortige Wählung des Staatsgerichtshofes halte er im Augenblick für verfrüht.

Zu den Anträgen über ein angebliches Verbot des Stahlhelms erklärte der Minister, daß ein Spezialgesetz zur Aufhebung der Stahlhelmorganisationen niemals erwogen worden sei. Das Reichsbeschäftigungsgesetz sei in Arbeit. Ueber das Reichsbeschäftigungsgesetz und das Wahlgesetz müsse noch eine Klärung der verschiedenen Meinungen erzieht werden. Er, der Minister, denke gar nicht daran, seine frühere monarchistische Gesinnung zu verlernen. Er verlange das auch nicht von den Beamten, aber er müsse diejenigen, die sich staatsfeindlich in den Dienst ihres Vaterlandes gestellt hätten, gegen Anwälte beharren, als wären sie nicht charakterfest. Er kenne in der Geschichte der jungen deutschen Republik zwei verehrungswürdige Gestalten. Die eine sei von links, die andere von rechts gekommen. Keine der beiden Persönlichkeiten verleugnete auch nur einen Augenblick ihre Vergangenheit, aber jede von ihnen sei eine volle und hehre Verkörperung des Pflichtbegriffes gegenüber dem Staat. „Gehet hin und tuet desgleichen!“

Abg. Dr. v. D. (D.N.) stellt zum Schluß an den Minister die Frage, was an dem Gerücht sei, daß die Regierung eine außerparlamentarische Durchbrechung eines neuen Wahlrechts nach etwaiger Aufhebung des Reichstages auf Grund von Artikel 48 plane. Damit war die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums beendet. — Die Einzelberatung über den Etat wird heute in einer Nachsitzung der Haushaltsausschuss vornehmen.

Die Untersuchung der Ruhr-entschädigungszahlungen.

VDZ, Berlin, 2. März.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Ruhrentschädigungszahlungen trat am Dienstag nach mehrmonatlicher Pause zu einer Sitzung zusammen. Vorsitzender Abg. von Lindener-Wildau (Dnat.) teilte mit, daß in der Zwischenzeit das Material angeordnet worden ist. Das Ergebnis dieser Arbeit ist ein dicker Band, von dessen Vielfältigkeit wegen der hohen Kosten zunächst abgesehen werden ist. Der Vorsitzende verlas den Bericht über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, der zu prüfen hatte, wann, was und wieviel bezahlt worden ist. Dem Ruhrvergaben sind danach

5 Vergütungen in Höhe von 26 Millionen

bezahlt worden. Der Ausschuss hat festgestellt, daß damit der Ruhrbergbau eine wesentliche Bevorzugung gegenüber den mittleren und kleineren Betrieben erfahren habe. Außerdem seien die Arbeitnehmer im Bergbau nach dem Inkrafttreten der Ricumerträge durch Lohnherabsetzung geschädigt worden. Auf Antrag des Untersuchungsausschusses sind später die Löhne ausgeduldet worden, unter denen die Arbeitnehmer zu leiden hatten. Dafür sind etwa

15 Millionen Mark

aufgewendet worden. Für mittlere und kleinere Betriebe sind besondere Härtefonds zur Verfügung gestellt worden.

Ministerialdirektor Brand: Aus der Kenntnisnahme einer Reihe von Anträgen und Beschwerden habe er die Auffassung gewonnen, daß unter dem Eindruck der jetzigen Wirtschaftskrise die damals geschädigten Kreise geneigt sind, den ihnen durch den Krieg angefügten Schaden in viel größerem Umfang zu sehen. Es sei die schwere Aufgabe der Regierung, diese Ansprüche entsprechend zu reduzieren. Es sei auch ein Kredit von 12 Millionen Mark aus Geldern für kleinere und mittlere Betriebe, besonders aus dem kaufmännischen Mittelstand, zur Verfügung gestellt worden.

Der Ausschuss beschloß, von je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Ruhrbergbaus Gutachten einzufordern über die Höhe und die Begründung der an die Industrie gezahlten Entschädigungen. — Die nächste Sitzung des Ausschusses dürfte frühestens im April stattfinden.

Die Wirtschaftliche Vereinigung für eine Verwaltungsreform.

VDZ, Berlin, 2. März.

Im Preussischen Landtag ist ein Antrag des Abg. Labendorf (Wirtsch. Bgg.) eingegangen, der das Staatsministerium erucht:

1. Das Wirtschaftsministerium mit den Maßnahmen aufzulösen, daß die Wohlfahrtsfrage, wie früher, dem Kultusministerium und die Bau- und Wohnungsfragen dem Kultusministerium bzw. dem Ministerium für Handel übertragen werden;

2. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, auf der gleichen Linie das Reichsarbeitsministerium, Reichsernährungsministerium und das Reichswirtschaftsministerium abzubauen bzw. zusammenzulegen;

3. auf die kommunalen Verwaltungen dahin einzuwirken, daß eine ganz wesentliche Einschränkung der Verwaltungsaufgaben für die städtischen Betriebe wieder Platz greift und

4. die Wohnungsämter mit aller Beschleunigung zu beseitigen.

Ein weiterer Entschädigungsantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung erucht das Staatsministerium, unverzüglich folgende Erhebungen anzustellen:

Wie hoch belaufen sich die Personalkosten für die in den Gemeinden in den Wohnungs-

ämtern beschäftigten Beamten sowie Angehörigen mit und ohne Dauerpension für das Jahr 1925?

Wie hoch belaufen sich die Personalkosten für die Wohnungsfürsorgegesellschaften, Siedlungs- und Heimstättenvereine im Jahre 1925?

Wie hoch belaufen sich die Einziehung- und Verwaltungskosten der Hauszinssteuer?

Der Reichspräsident in Leipzig.

Leipzig, 2. März.

Reichspräsident v. Hindenburg traf heute vormittag in Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Marx und des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius hier ein und begab sich von einer gewaltigen Menschenmenge stürmisch begrüßt, sofort zur Technischen Messe, wo im Vorraum der großen Maschinenhalle eine Begrüßungsfeier stattfand. Zum Reichspräsidenten durch die Messe fuhr der Reichspräsident am Völkerschlachdenmal vorbei zum Reichsgericht, in dessen Plenarsitzungsaal die Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft, sowie der Reichsamwaltschaft beim Reichsgericht versammelt waren. Nach einem Frühstück beim Reichsgerichtspräsidenten folgte nachmittags eine Rundfahrt durch die Stadt.

Abends war der Reichspräsident Gast der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Wirtschaft. Um 9 Uhr abends begab sich der Reichspräsident zum Rathaus zum Empfangsabend, den die Stadt Leipzig veranstaltet. Auf eine Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Rothe betonte der Reichspräsident den tiefen Eindruck, den die Messe auf ihn gemacht habe. Er erkläre in ihr ein Hoffnungszeichen neuer deutscher Wirtschaftsentwicklung. Überall müsse die feste Entschluß regen, durchzuhalten und wieder aufzubauen. Alle wirtschaftliche Arbeit finde ihren größten Wert in dem Gedanken an das Vaterland und seine Zukunft. Der Reichspräsident schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Um 11 Uhr abends kehrte der Reichspräsident nach Berlin zurück.

Der Fall Jürgens.

Berlin, 2. März.

Nach einem Bericht Berliner Blätter haben sich eine ganze Reihe wichtiger Jungen gemeldet, die gegen das angeklagte Ehepaar Jürgens äußerst belastende Angaben machten. Es soll sich herausgestellt haben, daß die Eheleute Jürgens in Stargard an etwa fünfzig Stellen Schulden in einer Gesamthöhe von rund 25000 M. hinterlassen haben. Diese Forderungen sollen teilweise auf große Höhen zurückgehen. Frau Jürgens soll ihrem Gatten über ihre Geldverhältnisse oft unwahre Angaben gemacht haben, weshalb angenommen wird, daß Frau Jürgens die alleinige Urheberin der fingierten Einträge gewesen ist und die geforderten Gegenstände verkauft oder verpfändet hat, um auf diese Art zu Geld zu kommen.

Schnupfen

entwickelt sich oft zu einem Hals- und Bronchialkatarrh, wenn man nichts dagegen tut. Machen Sie ihm ein schnelles Ende mit Forman. Die Nase bekommt sofort Luft; Anschwellung, Brennen, Kopfschmerzen und die lästige Schleimabsonderung hören auf. Forman erhalten Sie in allen Apotheken und Drogerien. Verlangen Sie nicht „ein Mittel gegen Schnupfen“, sondern verlangen Sie klar und deutlich „Forman“, eine Dose für 60 Pfennig.

Professor Theodor Nödfke.

Zum 90. Geburtstag des Gelehrten.

Von Prof. Dr. E. Wittmann-Lübingen.

Wenige Karlsruher werden wissen, daß seit sechs Jahren ein Mann in ihrer Stadt wohnt, der einer der größten Gelehrten seines Landes ist und der in Deutschland und im Auslande als der Altmeister seiner Wissenschaft verehrt wird. Im Stadtpark neben ihm manche Gelehrten haben, wie er mit Vergnügen dem Spiel der Seelen zuschaut, die Kranke und den Gravitätischen, eifrigen Marabu beobachtet, die Rosenblüte bewundert oder seiner Freude über die kleinen Kinder Ausdruck gab. Doch auch unter denen, die ihn dort sahen, wird nur der eine oder andere seinen Namen gekannt haben.

Dieser Gelehrte, Professor Theodor Nödfke, feierte gestern, am 2. März, in Karlsruhe seinen 90. Geburtstag. In den Palmen heißt es, unser Leben wäre, wenn es hoch kommt, achtzig Jahre. Aber hier haben wir die seltene Freude, ein ungewöhnlich reiches Leben vor uns zu sehen, das bereits neunzig Jahre gewährt hat und dem noch manches schöne Jahr beschieden sein möge. Es ist ein köstliches Leben nach den Worten des Palms: denn es war „voll Mühe und Arbeit“. All dieser Mühe und Arbeit ist auch reicher Erfolg zuteil geworden. Große Werke von bleibendem Werte hat Prof. Nödfke geschaffen; seine Lebensstätigkeit bedeutet eine Epoche in der Wissenschaft vom Morgenlande, unendlich viele Anerkennungen wurden ihm dargebracht durch Ernennungen zum Ehrendoktor anderer Universitäten, zum Ehrenmitglied wissenschaftlicher Gesellschaften, durch Beförderungen von hohen Orden, auch des höchsten, des Ordens Pour le mérite.

Theodor Nödfke wurde am 2. März, 1836 in Harburg geboren. Schon mit zwanzig Jahren erwarb er in Göttingen den Doktorgrad mit einer Arbeit, die in erweiterter Gestalt vier Jahre später von der Pariser Académie des Inscriptions mit dem Preise gekrönt wurde. Darin behandelte er die Entdeckung und Ge-

sichte des Korans, des heiligen Buches der Mohammedaner, und legte den Grund zur modernen wissenschaftlichen Koranforschung. In Göttingen wurde er 1861 Privatdozent, in Kiel 1864 außerordentlicher und 1868 ordentlicher Professor. Im Jahre 1871 wurde er an die neugegründete deutsche Universität Straßburg berufen, der er trotz Berufungen nach Wien und Göttingen treu blieb. In Straßburg entstanden wiederum grundlegende Werke zur morgenländischen Sprachlehre und Geschichte; dort kamen die Studenten aus aller Herren Länder zu ihm, um unter seiner Führung zu studieren, und wer nicht persönlich bei ihm hören konnte, wurde doch durch seine Werke sein Schüler. In seinem 70. Lebensjahre ließ er sich von den Amtspflichten entbinden; aber seine Forscherstätigkeit raute nie. Im Jahre 1920 verließ er als einer der letzten Deutschen die „wunderhohle Stadt“, die ihm wie so manchem andern zur zweiten Heimat geworden war, und siedelte nach Karlsruhe über. In seinem Leben und in seinen Werken tritt überall die gründlichste, gewissenhafteste Erforschung aller Einzelheiten und das unerbittliche Streben nach Wahrheit hervor. Doch nie hat sein Geist sich in den Einzelheiten verloren, sondern überall hat er die Dinge in größerem Zusammenhang betrachtet; das Wichtige vom Unwichtigen hat er stets zu scheiden gewußt. Seine unvergleichliche Kenntnis der Sprachen, Kulturen, Literaturen, Religionen, der Schriften, Inschriften, Münzen der Morgenländer und der Völker über das Morgenland, dazu seine Vertrautheit mit dem klassischen Altertum haben ihn befähigt, die Wissenschaft in einem Maße zu fördern, wie es nur aus wenigen Gelehrten beschieden ist. Alle Sprachen, die er kennt, hier anzuzählen, ist unmöglich. Nur das Arabische, Syrische, Hebräische, Persische seien genannt, da seine Hauptwerke sich mit ihnen beschäftigen.

Auch die schöne Erde des großen Gelehrten bewundern seine Freunde und Nachbarn an ihm; das ist seine Einfachheit, Schlichtheit und Bescheidenheit. Im Schicksal unseres Vaterlandes hat er immer den lebhaftesten und in- nigen Anteil genommen, für das Geschehen in

der Welt, im Leben der Menschen und in der Natur hatte er stets einen offenen Blick und ein klares, sicheres Urteil. In der Zeit unserer Geldentwertung ließ er sich seine Dauerkarte für den Stadtpark nicht nehmen, um dorthin seine täglichen Spaziergänge zu machen. Seine Vaterstadt Harburg, die Universitäten Göttingen, Kiel, Straßburg und nun die Stadt Karlsruhe können auf ihn ebenso stolz sein wie die Gelehrten aller Länder.

„Der Friedensengel“.

Von Siegfried Wagner.

Das schon vor einem Jahrzehnt geschaffene Werk Siegfried Wagners „Der Friedensengel“ erlebt am nächsten Donnerstag auf der Bühne unseres Landestheaters seine Uraufführung. Der scheinbar späte Termin braucht nicht zu verwundern, denn der Sohn des großen Bamberger Meisters ist zwar fleißig im schöpferischen Gestalten, aber nicht gerade scharf hinter den essentialen Vorbeeren her. Er wartet ab, läßt sich Zeit, wird nicht ungeduldig. Der Inhalt seiner Werke würde aber heute schon einen beträchtlichen Teil des Opernspielplans füllen können.

In der Morgenveranstaltung am vergangenen Sonntag entwarf der bekannte Hofdichter Hermann, Gehmrat Dr. Wolfgang Goldher, ein Lebensbild Siegfried Wagners, in dem zwar wenig neue Züge erblinden, das jedoch in warmen Farben leuchtete und durch schöne Form fesselte. Am kürzesten interessierte natürlich, was der Vortragende über den „Friedensengel“ zu sagen wußte. Nachdrücklich betonte er, daß man Siegfried Wagners dichterische Sprache (zum Teil auch die Handlungsabfolge) als aus seiner fränkischen Umwelt stammend, begreifen lernen müsse, vermahnte er es doch nicht, gelegentlich auch Dialektbrüche in seine Textbücher aufzunehmen. In volkstümlichen Alltagswendungen ist nun allerdings gerade die „Friedensengel“-Dichtung reich, ja, einige ihrer komischen Typen verraten die Nachbarschaft Jean Pauls,

d. h. sie sind Sprößlinge des reichen Bodens, urwüchsig, kernhaft.

Hierdurch und durch die Wahl von Märchenstoffen sei, so folgerte Gehmrat Dr. Goldher mit Recht, der wesentliche Unterschied zwischen den mythenartigen Offenbarungen von Vater und Sohn gegeben, obwohl sich Siegfried ebenfalls des Volkstümlichen und des mythenhaften Stils bediene. Doch sowohl in der Form wie im Ausdruck paßten sich diese Darstellungsweisen der anders geklauten Welt an. Der tiefere Sinn des Lebensfinnes im „Friedensengel“ erblicke aus den Worten des Chors der Engel am Schluß des Werkes:

Daß allwärts; unselger Bahn
Nings erfüllt die Erde wir;
Gutes kurzen Weges Bahn
Bankt ihr — zweifelnd — schwankend irr!

Selbst wo Friede sich euch deut,
Wenn ihr brüht des Wahnes Toben,
Rechtet ihr im Tod erneut,
Süß nicht auf den Ruf von oben.

Seiße Ruhe in der Erd',
Keinem sei sie je verwehrt!
Gutes Arrens Mut zu wenden,
Diesen Frieden euch zu spenden,
Aus den Höhen laßt' uns Gott!

Die Handlung, kurz skizziert, ist folgende: Willfried, der Sohn Katharinas und mit Erina vermahlt, erkennt, daß seine Ehe eine Fäulnis ist, daß nur die Liebe der jungen, schönen Mira ihm das wahre Glück bringen könne. Erina jedoch, die nur einen kurzen Sinnenrausch bei ihm vermutet, gibt ihn trotz heftiger Beschwerden nicht frei. So sieht er nur im gemeinsamen Tod mit der Geliebten die endgültige, innige Vereinigung. Aber Mira, als am Leben haltend, verweigert diese Opferung. Schmerzlich enttäuscht, entleert sich Willfried in seinem Zimmer und Mira, die das Schreckliche ahnt und nicht entflieht. Die Mutter findet den toten Sohn, kann sich in die Vorstellung, ihn als Selbstmörder gebrandmarkt und in ungeweihter Erde vergraben zu wissen, nicht finden und

men. Die weitere Untersuchung muß noch er-
schen, ob Jürgens tatsächlich nachträglich von
den durch seine Gattin fingierten Einbrüchen
kenntnis erhalten hat.

Held und Strefemann.

München, 2. März.

Auf einer Versammlung des Kreisverbandes
München der Bayerischen Volkspartei sprach am
Montagabend u. a. auch Ministerpräsident Held
zu Beginn seiner Rede, in der er sich haupt-
sächlich für die Erhaltung der einzelstaatlichen
Regie einsetzte, erklärte er zunächst, er wider-
setze der Verführung, auf den kleinen inter-
nationalen Zwischenfall wegen der Behandlung
der Subtrahier Frage im Landtage zurückzukom-
men. Nur eines möchte er bemerken. Es sei
nicht eingeleitet, gegen die Reichsverfassung
zu verstoßen. Er habe als bayerischer Minister-
präsident nicht ausländische Beziehungen durch
eine Rede regeln wollen. Aber was er als
deutscher Mann gegenüber einer Frage, die allen
auf dem Herzen brennt, zu sagen habe, lasse er
sich nicht unmöglich machen durch die Stellung
eines Ministerpräsidenten eines Landes. Er
habe lediglich von dem Grundrecht jedes
Deutschen Gebrauch gemacht. Ob er das dürfe
und wie weit er das dürfe, darüber brauche er
keine Belehrung, auch nicht von einem deutschen
Reichsminister.

In der Versammlung sprach auch der Reichs-
minister Stengel. Er führte u. a. aus:
Die Weimarer Verfassung sei ein Kind ihrer
Zeit. Sie sei eine Kompromißlösung zwischen
Kommunisten der durch die Staatsumwäl-
zung zu maßgebendem Einfluß gelangten Par-
teien und den Widerständen, die sich der Ver-
wirklichung dieser Sätze in Bayern und im
übrigen Süddeutschland entgegenstellten. Föder-
alismus sei keine spezifisch bayerische Erbin-
deutung mehr. Der Geist des Föderalismus sei
nicht nur in Bayern lebendig, sondern auch in
Norddeutschland und in Baden.

mierte erhoben werden (bisher 28 Prozent). Die
in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen 40
Prozent sollen erst am 1. Juli in Kraft treten.
Der Vorschlag wurde mit 15 gegen 14 Stimmen
angenommen. Es wurde nur einer Aenderung
insofern zugestimmt, als die Bestimmungen, die
der sozialen und wirtschaftlichen Notlage Rech-
nung tragen, bereits am 1. April in Kraft
treten sollen.

Zuppe wieder im Amt.

WTB. Nürnberg, 2. März. Das Oberste
Landesgericht in München hat die Beschwerde
der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren gegen
Zuppe zurückgewiesen. Zuppe wird noch heute
seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen.

Ratifizierung der Locarno-Verträge
in der Kammer.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)
S. Paris, 2. März.

Die Kammer hat spät abends die Ver-
träge von Locarno mit 413 gegen 71
Stimmen ratifiziert. Dagegen stimmte
die Opposition von ganz rechts und links. Die
Stimmung heute nachmittag war am allergrößten
Teil ausgefüllt mit einer großen Rede des Vor-
sitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer,
Franklin Bouillon, der im Verlaufe
des Berichtes vor allen Dingen Bestimmungen über
die Regelung der Schandenfrage und der Sicher-
heitspolitik vermittelte. Die Verträge von Locarno
erscheinen ihm nicht unvorteilhaft. Vor allen
Dingen tabelt er die Tatsache, daß in Deutsch-
land nach wie vor die Republique lebe (!),
sonst könnte kein Hindenburg Präsident (!) oder
der Kronprinz nach Berlin sein.

Auf seine Frage nach der Verteilung der
Völkerbundratsitze erwiderte hierauf
Briand, daß in Locarno keinerlei Bestimmungen
getroffen seien über die Verteilung dieser Sitze.
Selbstverständlich wüßte Frankreich die Auf-
nahme Polens in den Rat, denn dieser solle
ein Organ der Verständigung werden. Das
würde im eigenen Interesse hoffentlich auch
Deutschland einsehen. Diese Hoffnung wird
Herr Briand nach der Hamburger Rede des
Reichstanzlers wohl aufgeben müssen. (Red.)

Chamberlain sekundiert den Polen.
Eine Rede des englischen Außenministers vor
dem Völkerbundsausschuß des Parlamentes.

London, 2. März.

In der gestrigen Sitzung des Völkerbunds-
ausschusses des englischen Parlamentes hielt der
englische Außenminister Chamberlain eine
Rede, in der er sich mit der Frage der Erweite-
rung des Völkerbundsrates befaßte. Der Mini-
ster erklärte u. a., die Regierung habe über die
von ihr einzuschlagende Politik noch keine Ent-
scheidung gefaßt, und er habe seinerseits über
diese oder irgend eine andere Frage, als er
Ende Januar in Paris war, noch keine Entschei-
dung getroffen (?). Er selbst wäre froh gewe-
sen, die Erörterung der Frage im gegenwärtigen
Zeitpunkt zu vermeiden und bebauere vor allem
die Wendung, die die ganze Angelegenheit ge-
nommen habe. Er habe viel darüber nachge-
dacht, ob das Argument für oder gegen auf fal-
scher Grundlage basiere sei. Er sei der Ansicht,
daß

für die Vermehrung der permanenten Mit-
gliedschaft ein gesundes Argument vorhanden
sei, wenn man berücksichtige, daß es nach dem
Locarno-Abkommen möglich sei, Deutschland
selbst und alle unabhängigen Mitglieder mit Aus-
nahme Japans als interessierte Parteien zu be-
trachten, die deshalb nicht in der Lage wären
abzuzimmern, falls ein Streit vor den Rat käme.

Chamberlain sollte alsdann der Haltung des
polnischen Premierministers Strymski
in Locarno, sowie seinem Mut, seiner Staats-
kunst und der Mäßigkeit (!) feiner in der
vergangenen Woche gehaltenen Rede (!) warmen
Tribut. Der einzige Weg, die Tür zu verhöf-
lichen Verhandlungen offen zu halten, so er-
scheint ihm, bestehe darin, daß man sich nicht
auf die Vermeidung des Konfliktes beschränke,
sondern sich auf die Lösung des Konfliktes
richte.

klärte Chamberlain zum Schluß, sei der, irgend-
welche Verpflichtungen der Delegierten
im voraus zu vermeiden (!). Man
solle ihn nach Genf gehen lassen, ohne seine
Hände zu binden (!).

Ein neuer Kompromißvorschlag.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)
B. London, 2. März.

Heute verlautet in englischen diplomatischen
Kreisen, daß die englische Delegation vorschläge
werde, daß der Völkerbundsrat
einen Ueberrauschuß einsetzt zwecks
Prüfung aller bisher geltend gemachten An-
sprüche auf händliche Ratsitze mit dem bindenden
Auftrag, bis September Bericht zu er-
statten.

Gleichzeitig meldet Neuter aus Tokio, daß die
japanische Regierung ihrem Delegierten im
Völkerbund Handlungsfreiheit gegeben hat, sich
einer Kompromißlösung anzuschließen, aber
grundsätzlich gegen eine Erweiterung des Völ-
kerbundsrates ist.

Französische Hirngespinnste.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)
S. Paris, 2. März.

Der Korrespondent des „Matin“ in Berlin
berichtet vor angeblich fortwährend aufstauenden
Gerüchten über die Einführung einer Dil-
tator in Deutschland (!). Nicht nur in
den rechtsstehenden Kreisen schmeide man gegen-
wärtig Pläne für ein Direktorium, sondern auch
in rechtsstehenden Kreisen des Zentrums. Die
Nationalisten hätten, um ihre Führer auszu-
sperren, längst einen Gesetzentwurf für die Ver-
fassungsänderung eingebracht, (!) durch den die
Befugnisse des Reichstages wesentlich einge-
schränkt und der gegenwärtige Reichstag durch
ein richtiges Oberhaus ersetzt werden solle. Die
Haltung der verschiedenen Parteien gegenüber
Hindenburg müsse in Betracht gezogen werden,
da ohne dessen Zustimmung nichts geschehen
könne. Die Rechte ergebe sich gegenwärtig in
Ergebnisstundgebungen und die Linke lobe
ihn wegen Innehaltung seines Treueides und
behaupte, daß die Verfassung keine besseren
Güter hätte haben können. Eine Krise werde
nicht befürchtet, solange Luther das volle Ver-
trauen Hindenburgs genieße und ohne Schwie-
rigkeiten regieren könne.

Wiederaufnahme der französisch-
englischen Schuldenverhandlungen.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)
S. Paris, 2. März.

Nach einer amtlichen Savasmeldung wird
Finanzminister Doumer sofort nach Beendi-
gung der Finanzdebatten in der französischen
Kammer sich nach London begeben, um gün-
stigere Bedingungen als Caillaux im vergangenen
Monat August zur Regelung der französisch-
englischen Schulden zu erreichen. Im August
war bekanntlich vereinbart worden, daß Frank-
reich an England 62 Jahre lang 12,5 Millionen
Pfund Sterling jährlich zu zahlen hat.

Der jugoslawische Außenminister Rin-
schitsch ist heute nachmittag in Paris einge-
troffen, um mit Briand über die Völkerbunds-
ratsfrage zu verhandeln. Die Beipredung mit
Briand wird morgen oder übermorgen statt-
finden.

Streikwalle in Paris.

Paris, 2. März. Gestern nachmittag hatten
die Pariser Bauarbeiter, die seit gestern vormit-
tag im Streik stehen, verschiedene größere Ver-
sammlungen abgehalten, um gegen ungerechte
Verteilung der Steuern zu protestieren.
Nach Schluß der Versammlung kam es zu ver-
schiedenen Zusammenstößen mit der
Polizei. Nach dem „Avenir“ sollen 45 Po-
lizisten verletzt worden sein, allerdings
keiner schwer. Im ganzen seien acht Manifestan-
ten verhaftet worden.

Faschistische Provokationen
in Innsbruck.

Wien, 2. März.

Am Sonntag spielte sich auf dem Innsbrucker
Hauptbahnhof eine aufregende Szene ab. Eine
Abteilung italienischer Eisenbahner, die in
Innsbruck stationiert ist, ließ sich photographie-
ren, wobei als Hintergrund eine aufgefahrene
italienische Tricolore mit dem Bild
Mussolinis benutzt wurde. Alle Teilneh-
mer hatten das Zeichen des Faszio angelegt.
Gegenüber dem ruhigen Einspruch deutsch-öster-
reichischer Eisenbahner erwiderten die Italiener,
Innsbruck werde sich an den Anblick
der italienischen Tricolore gewöh-
nen müssen. (!) Dem besonnenen Eingrei-
fen des Stationsvorstandes gelang es, einen
tätlichen Zusammenstoß zu verhindern.

Coolidge gegen übermäßige
Rüstungsausgaben.

Washington, 2. März.

Präsident Coolidge teilte dem Vorsitzenden
des Marineauschusses des Repräsentanten-
hauses mit, er halte das auf fünf Jahre berech-
nete 85 Millionen Dollar-Programm
zum Ausbau der See- und Luftstreitkräfte für
einen in Friedenszeiten übermäßigen
Kostenaufwand. Die Ansicht des Prä-
sidenten geht dahin, daß angesichts der Steuer-
ermäßigung, deren Auswirkungen ein Defizit
des Schatzamtes möglichst erscheinen lassen, alle
Bewilligungen für Rüstungszwecke soweit ein-
geschränkt werden müssen, als es sich mit der
angemessenen Sicherung der Landesverteidigung
vereinbaren läßt.

Auswärtige Staaten

Die Militärausgaben der Schweiz.

Bern, 2. März. Nach den Feststellungen des
Schweizerischen Statistischen Bureaus belief sich im
Jahre 1924 die Gesamtsomme der schweizeri-
schen Militärausgaben (Bund und Kantone zu-
sammen) auf 82,5 Millionen Franken, die Ge-
samtsomme der Militärausgaben an Bund und
Kantone auf 83,55 Millionen Franken. Das
Verhältnis der Militärausgaben der Schweiz
zu den gesamten Staatsausgaben ist daher
14,2 : 100.

Die Einführung der Sommerzeit in Frankreich.

Paris, 2. März. Die Sommerzeit wird in
der Nacht vom 17. zum 18. April eingeführt.
Die normale Zeit soll am 2. Oktober wieder
hergestellt werden.

Argentinienflug des spanischen Königs.

Paris, 2. März. Wie verlautet sollen König
Alfons und seine Gemahlin beabsichtigen, sich
mit einem Flugzeuggeschwader unter Führung
Francos nach Argentinien zu begeben. Primo
de Rivera und mehrere Generale sollen das
Königspaar begleiten.

Salit
Für alle rheumatisch Veranlagten
Salit-Deut. als wirt. Markenart. 500g
Salit pur. 700g Salit-Creme 250g
Salit pur. 700g Salit-Creme 250g
In allen Apotheken: Pl. zu 1,20 M., Doppelt
1,50 M., Salit-Creme Tube 1.-

Bau eines deutschen Riesen-
flugzeuges.

Düsseldorf, 2. März.

Im Rahmen der akademischen Kurie hielt
Herr Dr. Eckener im Düsseldorf-Stad-
theater vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen
Vortrag über den modernen Luftver-
kehr. Dr. Eckener machte u. a. die interessante
Mitteilung, daß die Dornierwerke in
Friedrichshafen das Projekt eines neuen Rie-
senflugzeuges in Bearbeitung haben, dessen
Ausmaße alle bisherigen Konstruktionen
übersteigen werden. Dieser Riesenvogel würde
eine Flügelspanne von 70 Metern besitzen und
mit Motoren von über 3000 PS. ausgerüstet
werden. Eine Vorstellung von der ungeheuren
Ausdehnung dieser Flugmaschine erabte ein
Blick auf den berühmten Amerika-Zeppelin
„D. R. 3“, dessen Motoren nur 1500 PS. ent-
wickeln konnten.

Deutsches Reich

Um das Besoldungssperregeß.

Pr. Berlin, 2. März. Die Reichsregierung
hat, dem „Vorwärts“ zufolge, dem Reichsrat
einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Ver-
längerung des Besoldungssperregeßes bis zum
31. März 1927 vorsieht.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete
Urbahn nach Russland entkommen.

Berlin, 2. März. Wie die Morgenblätter mel-
den, ist es dem kommunistischen Reichstagsabge-
ordneten Urbahn aus Hamburg gelungen, jetzt
nach Russland zu entkommen.

Die Hauszinssteuer in Preußen.

TU. Berlin, 2. März. Der Hauptausschuß des
preussischen Landtages nahm heute abend die so-
genannte Zwischenlösung zur Hauszinssteuer
an. Danach sollen vom 1. April ab für die
folgenden drei Monate 30 Prozent der Friedens-

länder der Welt, nachdem sie den treuen Knecht
Rudi für ihren Plan gewonnen hat, einen rüh-
mlichen Lieberall vor, dem Willfried nach
Opfer gefallen sei. Bei einem Verlobungsfeß,
das am gleichen Abend in ihrem Hause statt-
fand, spielt sie die tragische Heldin. Sie erzählt
dabei, daß Willfried in neuerlicher Erde be-
graben wird. Rita war inwieweit in ein Kloster
getrieben, aber ihre vitale Natur kann sich
die Enge des Nonnenkleides nicht finden. Sie
erinnert sich, daß ihr der reiche Reinhold Liebe
und Treue geschworen hat. Zu ihm macht sie
sich auf, muß jedoch erkennen, daß sie einen
Schwerverstimmten, eine Art von Don-Don Juan vor
sich habe. Ihr Unheil wächst, weil sie und der
Knecht Rudi der Todesurteil an Willfried be-
zichtigt werden. Bald sieht sie sich von den Dor-
fleuten erkannt und verpöht. Da stellt sie sich
dem Spruch des Wehmarrschts, wird zwar der
unmittelbaren Schuld ledig gesprochen, soll aber
in die Verbannung gehen. Der Verdacht bleibt
nun auf dem treuen Rudi allein ruhen, von dem
sie jedoch hinter Kathrin durch ein Geständnis
im letzten Augenblick befreit. Die empörten und
aufgehetzten Bauern wollen dem toten Willfried
nicht länger die geweihte Stätte gönnen, sie
lassen das Grab zu öffnen, finden auf dem Hügel
die entseelte Rita, die jetzt der „Friedensengel“,
der Tod mit dem Geliebten vereint hat. Aus der
Reihe schreitet eine Schar von Engeln, die nicht
nur das Grab Willfrieds schüßen, sondern auch
Rita an seiner Seite zur Ruhe betten.

Georg Baumanns „Friedensengel“ ist also
ein Erwinuas-Drama wie fast alle seine übr-
igen Werke auch. Die weit dandlung und Musik
Raum und Gemüt zu fällen vermögen, wird die
Krausführung erweisen.

Der Tüchtige steht in jedem Sall ein Mch.
und Zwang als erste Pflicht ist ihm die Wahr-
heit.
Fragas Grillparzer.

Arbeit ohne Freude ist niedrig.
John Ruskin.

Theater und Musik.
Farblichmusik in München.

In dem neuesten musikalischen Belangen nur
wenig erfolglosen München waren die ersten
Vorführungen aus dem Gebiete der Farblich-
musik im Rahmen einer Matinee im Residenz-
theater ein Ereignis von überallschlicher Be-
deutung. Im Grunde zieht das Problem seine
nährenden Säfte aus dem Erbreich seiner ur-
alten romantischen Schmelze, die Vielheit der
Erscheinungen auch im Gleichnis der Künste zu
einer Einheit zusammenzufassen — ein Verkre-
chen, das überall da, wo es aus innerer Schaf-
fernotwendigkeit aufsteht, durchaus der Be-
achtung und Förderung bedarf.

Der Pianist und Komponist Alexander Laszlo,
der in letzter Zeit durch eine neue Musik zu
Shakespeare's „Sommerachtsraum“ die Augen
einer breiteren Öffentlichkeit auf sich gelenkt
hat, führte seine eigenen Versuche, die jahre-
langer intensiver Beschäftigung mit den Fragen
der Farblichmusik entstammten eine bis auf
den letzten Platz befestigte Serie vor. Er be-
tonte, daß es nicht mehr als ein Anfang sein
wolle, dessen Entwicklung noch nicht abzusehen
sei. Laszlo strebt nicht allein Töne und Farben
zu binden, sondern trachtet, seine Musik mit
Ornamenten und Bildern zu verwickeln, ver-
zichtet also bewußt auf deren absoluten Wert.
Dabei kam es miunter, besonders was Archi-
tektur und Dynamik des Musikstückes anlangt,
zu einer verblüffenden Deckung zwischen den
Kompositionen Laszlo und den Bildern des
Münchner Bühnenmalers Adolf Linnebach.
Vortrefflich gelang die Zusammenführung von
Rhythmus und Bildbewegung. Eine vollkom-
mene organische Durchdringung und Ver-
schmelzung wird allerdings erst dann herbeiföhren
können, wenn die Konzeptionsfähigkeit von Ver-
toner und Maler aufs höchste gesteigert, will sagen in
einer schöpferischen Persönlichkeit vereinigt
ist. Das Publikum zeigte sich zum Teil recht
angetan, zum Teil noch etwas bekümmert; die
wenigen Spötter mögen sich aber gelagt sein

lassen, daß auch der Schneider von Ufm bei sei-
nen ersten lastenden Flugversuchen Gegenstand
billigen Wides wurde und trotzdem heute als
der Vetterater einer großen, zu hohen Zielen
gediehenen Entwicklung gepriesen wird. Wie
hat doch ein geistreicher Mann in diesen Tagen
behalten? — Jede wirkliche Wahrheit (die
künstlerische nicht zuletzt!) kommt ursprünglich
aus einem Gelächter. Wünschen wir, daß
sich diese Wort auch bei dem Problem der Farb-
lichmusik, an dem heute nicht mehr völlig vor-
beizusehen ist, bewähre!

Dr. Wilhelm Zentner.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Werk von Nicarda Such wird dem-
nächst in den Schriften der „Gesellschaft der
Freunde“ der Deutschen Bäckerei zu Leipzig er-
scheinen. Es handelt sich um eine mitten aus
dem Leben gegriffene Erzählung, die Geschichte
einer Liebe, mit dem Titel „Graf Mark und die
Prinzessin von Nassau-Usingen“. Die Erzählung
wird von der Dichterin selbst „tragische Bio-
graphie“ genannt und zehlet sie von einer ganz
neuen Seite ihres Schaffens. Nicarda Such be-
handelt mit der nur ihr eigenen feinen psycho-
logischen Kunst und mit formaler Meisterschaft
in einer reizvollen Parallelität der Fälle das
sich immer aufs neue vollziehende, für die davon
Betroffenen unendlich herbe Erlebnis, das eine
im Anfang auf beiden Seiten echte und leidens-
chaftliche Liebe im Laufe der Jahre ohne eine
eigentlich nachweisbare Schuld, gemüßmaßen
in natürlicher Entwicklung für einen der beiden
Teile zu einer bloßen Höflichkeit erkalte. Die
Schrift erscheint in fächter, aber künstlerischer
Ausstattung als Privatdruck und wird an die
Mitglieder der Gesellschaft der Freunde der
Deutschen Bäckerei als kostenloser Jahresgabe
verteilt; die Mitgliedschaft der Gesellschaft kann
jeder erwerben.

Hochschulnachrichten. Am 1. April tritt Geh.
Sofrat Dr. Ernst Wülfling, der Direktor des
Mineralogisch-petrographischen Instituts der

Universität Heidelberg aus Gesundheitsrück-
sichten in den Ruhestand. Geh. Rat Wülfling
vollendete im vergangenen November sein 65.
Lebensjahr. Er entstammt einer sehr alten
Familie aus dem Wuppertal und studierte in
Berlin, Genf und Heidelberg, wo er 1884 unter
Bunien promovierte. 1888 wurde er Assistent
bei Rosenbusch in Heidelberg, habilitierte sich
dann in Tübingen, wurde 1897 a. o. Professor
und zwei Jahre später Ordinarius für Mineralo-
gie und Geologie an der Landwirtschaftlichen
Hochschule in Hohenheim. Nach einer Tätigkeit
in gleicher Eigenschaft in Danzig und Kiel, kam
Wülfling 1908 an die Heidelberger Universität.

Ehrendoktor. Der Geologe Geheimrat Prof.
Dr. Wilhelm von Franca in München ist
aus Anlaß seines goldenen Doktorjubiläums
von der Universität Heidelberg zum Ehren-
doktor ernannt worden.

Humor.

Zum Verständnis folgender Geschichte muß
vorausgesetzt werden, daß der Schuldner für
alle Körper eine sehr gefürchtete Persönlichkeit
war. D, wie konnte er über schmutzige Fische
schelten. Eines Tages betet nun eine Schülerin
aus der untersten Klasse das Vaterunfer: „...
und vergiß uns unsere Schuld, wie wir vergeben
unserem Schuldner.“

Der erste Gedanke. Was würden Sie tun,
wenn Sie in den Besitz von einer Million Mark
gelangten? — „Nach Amerika flüchten.“ —
„Wieso flüchten? Sie könnten sie doch ehrlich
erwerben haben.“ — „An so was glauben Sie
doch wohl selbst nicht.“

Poesie und Prosa. Bist du schon mal einem
Mann begegnet, bei dessen Berührung deine
Nerven zitterten? — „Ja, meinem Zahnarzt.“



Regenmäntel

in grösster Auswahl bei billigsten Preisen

Rud. Hugo Dietrich Ecke Kaiser- u. Herrenstr.

Karlsruher Mastviehmarkt.

Jeden Montag (bei Feiertagen am Dienstag) Mastviehmarkt für Rindvieh, Schweine und Kleinvieh...

Städt. Friedrichsbad

Kaiserstr. 136, nächst d. Hauptpost

Kurabteilung für Frauen

Werktäglich geöffnet: 9 bis 1 Uhr und 2 1/2 bis 8 Uhr

Dampfbäder elektrische Lichtbäder Massagen / Duschen / Halbbäder Wickel / Sitzbäder / Fangopackungen

Mazdaznan!

2 öffentliche Vorträge

von Frau Dr. Rauth-Leipzig, Montag und Dienstag, 8. und 9. März...

- 1. Die wunderbare Schönheit des Lebens für Eltern und Kinder auf Grund der Mazdaznan-Lehre. 2. Wie dienen Atem-Übungen der körperl. u. geistigen Entwicklung der Kinder und Erwachsenen?

Mazdaznan-Vereinigung Karlsruhe

Photographic!

Olga Klinkowström

Kaiserstraße 243, nächst Kaiserplatz Kinder-Aufnahmen

Colosseum

Tägl. 8 Uhr: Das vollständig neue Varieté-Programm!

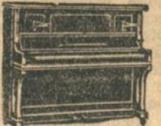
Gartenbau-Verein Karlsruhe.



Mittwoch, den 3. März abends 8 Uhr im Saal III der Brauerei Schrempf, Waldstraße.

Mitglieder-Hauptversammlung

Wir bitten unsere Mitglieder zu dieser Versammlung...



Thürrmer

ein vorzügliches Piano

mittlerer Preislage empfiehlt auch gegen Teilzahlung

L. Schweisgut

Erbsprinzenstr. 5 beim Rondellplatz

Sonig

Gar. rein. Biene-, Blüten-, Schlenker-Sonig edelster Qualität...

Pianos

erste Qualitäten, in jeder Ausführung bei Ph. Sollenstein Sohn

Sollenstraße 21. Rein haben Bill Preise

Advertisement for Lanolin products including soap, powder, and cream, highlighting their medicinal benefits for skin care.

Advertisement for 'Brauchen wir Kolonien?' featuring a lecture by Eintracht on Friday, 5th March, at 8 PM.

Advertisement for 'Kaffee Bauer' featuring a concert by the 'Grosses Sonderkonzert' of the reinforced orchestra.

Advertisement for 'BIER-KABARETT ELEFANTEN' starting on Monday, 1st March, at 8 PM.

Advertisement for 'Schweineschmalz' (pork lard) by Oskar Manhardt & Co., listing various products and prices.

Advertisement for 'Edith Carmen' and other theatrical performances at the 'Großstadt-Programm'.

Advertisement for 'Ohne Herzklopfen' (Without Heart Palpitations) featuring coffee and bean products.

Advertisement for 'Wiener-Hof-Spiele' (Vienna Court Games) featuring social dancing.

Advertisement for 'Apollo-Theater' featuring the film 'New-York'.

Advertisement for 'Zum Merkur' featuring a breakfast menu.

Advertisement for 'Weinstube Darmstädter Hof' featuring wine and food.

Geldin des Alltags.

Berliner Roman von Ernst Ebler von der Planig. Copyright 1924 by Verlag L. Fischer & Co., Wienberg und Berlin.

„Melden Sie dem Herrn Kriminalkommissar, daß wir die beiden aus Hoppegarten haben, sagte er in geschäftsmäßigem Ton...“

„Jawohl. Ich bin ein alter Freund von ihm, müssen Sie wissen. Wir hatten Differenzen.“ „Sie hatten Differenzen? Geschäftlicher Art natürlich?“

„Nun, wie war denn nachher die Schickerei?“ fragte der Alte, da Karr keine Miene machte, zu antworten. „Sie haben wohl zufällig das Gewehr in die Hand bekommen? Wie?“

„Das sieht fast wie ein Gefängnis aus,“ sagte er, als er sich umgesehen hatte. „Magda antwortete nicht. Sie blickte betrunken ihren Gefährten an.“

Aus dem Stadtkreis

Eh rung aus Anlaß des 90. Geburtstages von Professor Nöbdeke.

Der Orientalist und neunzigjährige Professor Nöbdeke beging gestern seinen Geburtstag in ausgedehnter Frische und konnte zahlreiche Freunde und Vertreter auswärtiger Hochschulen und Universitäten empfangen. Im Laufe des Tages fanden sich zur Ueberreichung persönlicher Glückwünsche ein: der Heidelberger Professor v. Reslau, der im Namen der wissenschaftlichen Gesellschaft der Straßburger Kaiser-Wilhelm-Universität eine Glückwunschadresse überreichte, die Professoren der Universität Heidelberg, und der Dekan der philosophischen Fakultät Heidelberg, Geheimrat Dr. Gaer. Außerdem überreichten Vertreter der hiesigen Straßburger Studentenvereine ihren Anteil an der Adresse. Gleichfalls sprach Professor Riemann im Namen der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft dem Jubilär persönlich die Glückwünsche aus.

Als besondere Eh rung verdient hervorgehoben zu werden, daß die Geburtsstadt Darburg den Jubilär zum Ehrenbürger ernannte und daß der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe Professor Nöbdeke ein Blumengebilde aus dem Stadtgarten überreichen ließ, der den Professor Nöbdeke zu seinen treuen Schülern zählt. Glückwünsche hatten im Laufe des Tages überhand: der Reichspräsident von Hindenburg, der deutsche Gesandte in Teheran (Persien), der Präsident des preussischen Parlaments, der Kultusminister von Preußen, der badische und preussische Kultusminister, der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Petersen, die Universität Göttingen und die Universität Kiel, die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften, die Akademie der Wissenschaften in Heidelberg, die wissenschaftliche Akademie in Wien, die wissenschaftliche Akademie der Sowjetrepublik in Leningrad, außerdem namhafte deutsche Orientalisten und russische Orientalisten, Freunde und Bekannte aus Deutschland und dem Ausland. Ueber die Persönlichkeit Nöbdekes unterrichtet den Leser ein Feuilleton in dieser Nummer.

Das Telegramm des Reichspräsidenten lautet: Zu Ihrem 90. Geburtstag übermittle ich Ihnen in dankbarer Anerkennung der großen Verdienste, die Sie sich in Ihrem arbeitsreichen Leben für die Wissenschaft erworben haben, meine herzlichsten Glückwünsche. Mögen Ihnen noch viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische beschieden sein.

Schlüßelblumengeheimnisse.

Den ersten Frühlingsblumen werden seit alter Zeit besonders wirksame Kräfte zugeschrieben. Auch heute noch wird die Schlüßelblume recht häufig zu Drafeln benutzt, besonders in Heiratsangelegenheiten. Man läßt Blüten im Wasser schwimmen und deutet ihr Verhalten in verschiedener Weise. Aus der Länge der Stiele schließt man auf die kommende Ernte; im Mittelfränkischen bedeuten 3. lange Stiele hohe Gerste. Besonders merkwürdig mutet uns heute die einst recht verbreitete Verwendung der Schlüßelblume zur Weinbereitung an. Der Wein wurde vor allem in medizinischen Zwecken gebraucht, in erster Linie für vornehme Kranke. Daß er auch an den Höfen eine Rolle spielte, beweisen Anordnungen der herzoglichen Hofkammer Mecklenburg zum Ende des 17. Jahrhunderts, durch die das Sammeln von Schlüßelblumen für die Weinbereitung empfohlen wurde. — Meist schreibt man den Blumen gute Eigenschaften zu, in einigen Gegenden werden ihnen indessen auch schlimme nachgesagt. Sie dürfen nicht gepflückt und noch weniger ins Haus gebracht werden, da sonst unter dem Vieh, besonders unter dem Geflügel, Krankheiten usw. ausbrechen.

Deutschlands Recht auf Kolonien.

Die Koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe veranstaltet am Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Eintrachtssaal, Karlsriedstraße, eine Kundgebung für Deutschlands Recht auf Kolonien. Unsere Schutzbefohlenen, die wir auf rechtmäßigem Wege erworben haben, hat uns der Gewaltfrieden von Versailles unter dem niedrigen Vorwand, wir seien unfähig und unwürdig zu kolonisieren, entzissen. Wegen besseren Willens und Gewissens haben wir Gegner im Weltkrieg, England und Frankreich vor allem, durch eine Lüge, die koloniale Schuldigen, den Raub unserer Kolonien mit dem Schein des Rechtes umgeben. Daß Deutschland auf kolonialem Gebiet, sei es in wirtschaftlicher, sei es in kultureller Hinsicht, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit geleistet hat, gibt uns ein unveräußerliches Recht auf Anerkennung des uns verloren gegangenen überseeischen Besitzes. Zusehends wachsen in unserer Volksseele der koloniale Gedanke und das Verständnis dafür, daß koloniale Völkerverhältnisse unsere verarmte Heimat eine Lebensnotwendigkeit ist. Bei der angelegten Veranstaltung werden sprechen über Togo Reichsbahnoberrat Franke, über Kamerun Regierungsrat Gaer, über Deutsch-Südwestafrika Oberkonsulent a. D. Holz, über Deutsch-Nordafrika Belexinarrat Dr. Hammer und über die Südpazifik Inseln Kaufmann Schaefer. Die Karlsruhe Bevölkerung, ohne Ansehen der Partei, wird gebeten, durch zahlreichem Besuch der Veranstaltung dazu beizutragen, daß sie zu einer machtvollen Kundgebung für den kolonialen Gedanken wird. Der Eintritt ist frei.

Badische Gebentage.

Durch Kaufvertrag vom 3. März 1565 trat Baden-Durlach die Nemter Vestalgie und Mümling im Schwarzwald an Württemberg ab. Am 3. März 1871 fanden in Baden die ersten Wahlen zum Reichstag des neuen Deutschen Reiches statt.

Das unterirdische Gewölbe auf dem Schloßplatz

Wie wir schon in unserer gestrigen Morgenausgabe kurz berichtet, ist bei den Gartenarbeiten auf dem Schloßplatz ein unterirdisches Gewölbe gefunden worden. Der eine Eingang zu dem Gewölbe befindet sich auf der Anlage rechts von dem Weg, der zum Landestheater führt, gleich hinter dem neu angebrachten Bogen „Zum Theater“. Nach Abheben der Erde läßt man auf einen Stein von einem Quadratmeter Größe, der verhältnismäßig leicht gehoben werden kann. Der Stein ist nicht ganz 10 Zentimeter stark. In dem vollkommen quadratischen Loch, der senkrecht in die Tiefe führt, bemerkt man Stufen von aus der Mauer absteigenden Steinen. Die schmalen Stufen sind in einem Abstand von 40 Zentimeter angebracht. Von der letzten der Stufen zum Boden ist ein Abstand von etwa 4 Meter.

In dem Gewölbe angeschlossen, wird eine Kugel entzündet. Das Gewölbe fällt durch seine kolossale Geräumigkeit auf. Es ist 12 Meter lang und 8 Meter breit und in der Mitte reichlich 4 Meter hoch. Das außerordentlich starke Gewölbe ruht auf gewaltigen Quadersteinen. Gleich links von dem Eingang befindet sich in 1 1/2 Meter Höhe eine Nische, die wogerecht auf 1/2 Meter in die Wand des Gewölbes hineingeht. Die Deckung der Nische ist 30 Zentimeter im Quadrat; in der Nische liegt Erde, ebenso wie der ganze Boden des Gewölbes mit einer starken Erdschicht bedeckt ist, unter der sich die Bodenplatten befinden. An der einen Längswand befindet sich zwischen zwei der Quadersteine eine Lücke, die offenbar nachträglich mit anderen Steinen ausgefüllt wurde.

Die Vorbereitungen zum Volksbegehren.

Der Reichsminister des Innern hat an sämtliche Landesregierungen folgende Drahtung gerichtet: „Die Reichsregierung legt großes Gewicht auf einen äußerlich glatten und reibungslosen Verlauf des Volksbegehrens. Niemand darf einen Anlaß zu berechtigter Klage haben, daß ihm die Ausführung des verfassungsmäßigen Eintragsrechtes durch mangelhafte Maßnahmen unmöglich gemacht oder unnötig erschwert worden sei. Hier darf es keinen Unterschied geben. Bitte alle Gemeindebehörden und Aufsichtsbehörden anzuweisen, in allen Fragen nach dieser Richtlinie zu handeln und bei Zuwiderhandlungen scharf einzuschreiten. Dies gilt besonders auch für die Festlegung der Eintragungstermine und die Zahl der Räumlichkeiten.“

Gefallenen-Gedenkfeier des Gymnasiums.

In der Aula des Gymnasiums verammelten sich am Samstag die Lehrer und Schüler der Anstalt zu einer Gefallenen-Gedenkfeier. Mit einer Kirchenorgane von Argoncello Coralli (1888) leitete das bewährte Schillerorchester unter der ausgezeichneten Leitung des Musiklehrers Bruder die Feier ein. Die sein empfindliche Widrigkeit des hier jenseitigen „Miserere“ von Gregorio Allegri (1598-1652), das einst ein Mozart einen so gewaltigen Eindruck machte, ist Herrn Bruder besonders als Verdienst anzurednen. Sein prächtig geführter Chor verlebte mit diesem erhellenden Kunstwerk die Seele des Hörrers in eine weisvolle Andachtsstimmung. So schlug den schlichten und vaden Worten, die Prof. Dr. Heule in dem Gedächtnis der gefallenen Lehrer und Schüler widmete, die innige Teilnahme aller Herzen entgegen. Giehem Mitempfinden entführten, wie seine Rede darauf hin, was Deutschland in den vier Jahren des furchtbaren aller Kriege Großes geleistet, wie in unserem belagerten Vaterlande alle zu Kampfbereit geworden und wie gerade die besten Söhne unserer Heimat vor dem Feind gefallen sind. Ihr Andenken in Deutschlands tiefer Erniedrigung besonders in Ehren zu halten sei unsere heilige Pflicht. Mit dem herrlichen „Ave verum“ von Mozart schloß die erhabende Feier.

Dienstagabend. Eine kleine Feier veranstaltete die Beamten des Gartenamts für Stadtgarteneinnehmer Bronner, der am 1. März auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Stadt zurückblicken konnte. Eine besondere Freude wurde Herrn Bronner bereitet durch die Beteiligung von Oberbürgermeister Winter und Bürgermeister Gaer. In einer Ansprache würdigte der Oberbürgermeister die Pflanzene und Gewissenhaftigkeit des Herrn Bronner. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß es Herrn Bronner vergönnt sein möge, noch recht lange im Dienste der Stadt zu arbeiten. Im Namen der städtischen Beamten übermittelte Oberinspektor Böhlinger Herrn Bronner und seiner Frau die herzlichsten Glückwünsche. Auch dieser Redner feierte Herrn Bronner als Muster treuer Pflichten Erfüllung. Der Gefeirte dankte herzlich für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Die Persönlichkeit des Herrn Bronner ist den Stadtgarteneinnehmern wohl bekannt. Er hat sich durch sein besonnenes und freundliches Wesen die Wertschätzung der Besucher erworben und in rastloser Pflichterfüllung auch in Zeiten härtesten Andrangs bewährt. Möchte er sich auch weiterhin der Gesundheit erfreuen, die ihn befähigt, seinem anstrengenden und verantwortungsvollen Posten vorzutreten.

Störungen im Rundfunk.

Die leitenden Stellen sind fortgesetzt bemüht, die Störungen des Rundfunks und anderer wichtiger Funkdienste zu beseitigen, besonders die Störungen durch den Seefunkdienst. Es sind daher schon vor einiger Zeit Maßnahmen eingeleitet worden, um Verbesserungen zu schaffen. Die früher im Schiffsverkehr viel gebrauchten, am meisten störenden Wellen 350 und 400 Meter dürfen seit dem Sommer vorigen Jahres im Bereich der deutschen Küsten von deutschen Schiffen und Bordfunkstellen nicht mehr in regelmäßigem Verkehr, sondern nur noch in unregelmäßigen Ausnahmefällen benutzt werden. Außerdem sind die deutschen Küstenfunkstellen und eine Anzahl größerer Schiffe mit Zusatz-einrichtungen für ungedämpfte Wellen ausgestattet worden. Die 600 Meter-Wellen soll mög-

lichst nur noch für den Anruf verwendet werden, während für den eigentlichen Seeverkehr höhere Wellen bestimmt sind. Deutscherseits ist man an die beteiligten europäischen Verwaltungen herangetreten, um ein gleichartiges Vorgehen zu erzielen.

Erdbenregistrierung.

Die Seismographen der Erdbenregistratur im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule rekonstruierten Montag abend wiederum ein mittelstarkes Erdbeben. Die ersten Wellen erreichten um 9 Uhr 53 Minuten M.C.B. die Station. Der Seid liegt in einer Entfernung von ca. 2000 Kilometer.

Der Geltungsbereich der Noten der Badischen Bank.

Viele Badener, die ihr Kleingeld in badischen Banknoten mitgenommen hatten, sind schon unangenehm darüber überrascht worden, daß Reichspost und Reichsbahn diese Noten nicht an Zahlungsmittel annehmen. In seiner Rede anläßlich der Generalversammlung der Badischen Bank (siehe Handelsteil), hat Finanzminister Dr. Köppler mit Recht auf den Widerspruch hingewiesen, daß ausländische Noten an den Post- und Bahnsäckern ohne weiteres angenommen werden, die Noten der deutschen Privatbanken außerhalb ihres Ausgabebereiches dagegen nicht. Wie dem auch sei, vorläufig bleibt dem Reisenden nichts übrig, als sich in dieser Hinsicht vorzuarbeiten.

Die Zahl der Postbesucher Ende Febr. 1926.

betrug beim Postbesuch Karlsruhe 42.872 (Ende Januar 42.287). Auf den Konten sind im Februar 1926 angeführt 1.022.492, Guthabern über 174.670 128 RM., 708.413 Passabern über 175.322 284 RM., 1.780.905 Guthabern über 340.992 407 RM., davon sind barzahlbar besaglichen 283.120 668 RM. Daruntermittliches tägliches Gesamtaufgaben 21.805 243 RM.

Städt. Sparkasse Karlsruhe.

Die Summe der reinen Spareinlagen betrug am 28. Februar 1926 8,7 Millionen Reichsmark. Im verfloßenen Monat wurden 609 neue Sparbücher angelegt. Der Gesamtinlagenbestand im Spar- und Giroverkehr betrug Ende Februar 11,2 Millionen Reichsmark.

Gelbe Mäntel.

Am 6. Juni beacht das Regiment in seiner alten Garnisonstadt Ludwigshafen 2. Malenaria. Bei dieser Gelegenheit soll zum ewigen Gedächtnis an die im Sattel, im Felde zu Fuß, sowie im Flugzeug gefallenen Kameraden ein würdiger Gedenkstein errichtet werden. Anfragen sind zu richten an Kamerad Oberleutnant Maier, Ludwigshafen.

Aus dem Schnellzug gesprungen.

Auf der Strecke zwischen Appenweier und Nendeln voran gestern abend gegen 10.45 Uhr ein Schnellzug aus dem in voller Fahrt befindlichen Schnellzug Offenburg-Karlsruhe ab. Im Zuge blieb die Mittelachse eines Kaufmanns aus Bruchsal zurück, in der sich ein Abschiedsbrief befand, wozu er infolge eines Nervenzusammenbruchs aus dem Leben scheidete. Die Leiche wurde auf dem Bahndamm aufgefunden.

Selbsttötung.

Aus unbekanntem Beweggrund erschoss sich im Rheinwald bei Leopoldshafen der 35 Jahre alte Landwirt Michael B. aus Bellheim in der Pfalz. Er war früher schon in einer Irrenanstalt untergebracht. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in Leopoldshafen gebracht.

Abwehrverletzung.

In der Neuen Bahnhofstraße wurde ein verheirateter Gärtner von einem hiesigen ledigen Fuhrunternehmer nach kurzem Wortwechsel zu Boden geworfen und mit einer Gießkanne am Ohr und Kopf verletzt.

Butterfälligkeit.

Zwei Händler aus Mühlheim in der Pfalz wurden zur Anzeige gebracht, weil sie in letzter Zeit Butter mit hohem Wassergehalt hier vertrieben.

Reisgenommenen wurden zwei Kaufleute von Offenburg wegen Verdachts des Diebstahls, ein Kaufmann von hier, der vom hiesigen Amtsgericht wegen Unterschlagung gesucht wurde, ein Hilfsarbeiter von Sulzbach wegen Diebstahls, ein zum Strafvollzug gesuchter Stellmacher aus Redarfulm, ferner 10 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Chronik der Vereine.

Die Spargesellschaft „Die Pfänder“ von der Concordia hielt in der Gartenlaube (Quintstraße) einen in allen Teilen gut verlaufenen Unterhaltungsabend ab. Nach Einleitung durch einen flotten Marsch des Hausorchesters und einen herrlichen Vortrag des Liedes

„Schwarzwald, o Deiner“ durch das Cornettorchester der Herren Engver, Fall, Musing und Merkel begrüßte der Oberbürgermeister Schadt sein. Seine Vereinen, die sich vollständig um ihn versammelt hatten. In bunter Reihenfolge wechselten die beliebten humoristischen Vorträge des Vereinsmitgliedes Herrn Alfred Reuherer mit seinen Partnern Herrn Freudenstein, ein prächtiger Rundgang der Dichtungen des Volksoebers, Pfänder Dr. Nimmlich alias K. Schmitt und „Miel“ sowie eine ideale Gerichtsverhandlung unter dem Vorsitz von Pfänder Bismarck und Schadt jun., die recht interessante Neugierigkeiten von den „Angehörigen“ brachte und mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der 1. Präsident der Concordia, Oberbürgermeister Schadt, betonte in seiner Ansprache, daß die Pfändergemeinde als Spargesellschaft stets zur großen Mutter Concordia halten und ihren eigentlichen Zweck erfüllen möge, nämlich die geschlossene Teilnahme am Deutschen Sängerbundestag in Wien im Jahre 1931. Das Cornettorchester gab wiederum Beifall seiner vorzüglichen Leistungen, hauptsächlich erzielte die Weibergarde von Frau Beyer, hiesigen hiesigen. Den Veranstaltern des Abends verabschiedete Pfänder dank.

Photographische Gesellschaft Karlsruhe. Im Stadtsaal am Freitag abend, nach. Walter H. B. mer einen wohlgeleiteten Vortrag mit Lichtbildern über die Photographie in natürlichen Farben nach dem Farbstrahlverfahren. Nach den begründeten und einleitenden Worten des Vorsitzenden, Prof. F. Schmidt, entwickelte der Vortragende in anschaulicher Weise das Zustandekommen eines farbigen Bildes, dessen Erzeugung heute auch dem Hochleistungsphotographen keinerlei Schwierigkeiten mehr bereitet. Am Sand abtreiben, auf der deutschen Farbendrucke hergestellten Bilder kommt sich die Zuhörer von den Weibergardenbildern der verschiedenartigsten Vorwürfe überbringen. Personenaufnahmen bei Tages- und bei künstlichem Licht wechselten mit Landschaften, Stillleben, Innenräumen und Kunstverarbeiten Objekten. Obendrein Ermahnung verdienen die von Herrn Bismarck aufgenommenen Hochgebirgs- und Winteraufnahmen. Allgemein übertraf nicht nur die gute Weibergarde der Farben, sondern auch des reinen Weiß sowie der Oberfläche des Porzellans und metallener Gegenstände. Die soeben erschienenen Gäste und Mitglieder sollten dem jungen Künstler verdienten Beifall. Dank gebührt auch Herrn H. B. mer, der entgegenkommender Weise den Projektionsapparat zur Verfügung gestellt hatte und in geschicklicher Weise für einen glatten Verlauf der Vorführungen Sorge trug.

Beranstaltungen.

Gesellschaft für deutsche Bildung. Heute abend 8 Uhr findet im Aula der Technischen Hochschule, Schuljahr 37, ein Vortrag von Staatsstaatsminister Ulrich v. d. Trenck über „Archiv Friedrich v. d. Trenck, der Gesangene Friedrich des Großen, halt.“

Kaffee Bauer. Auf das heutige Sonderkonzert wird aufmerksam gemacht. Max K. mer wird zwei beliebte Stücke aus der Vello-Violenur: Fopfers Tarantella und die Barcarole von Tschakowsky vortragen. (Siehe die Anzeige.)

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 28. Febr.: Jakob Maier, Schlosser, Gernheim, alt 62 Jahre; Emma Voland, alt 74 Jahre, Ehefrau von Karl Voland, Kaufmann. — 1. März: Christian Schäfer, Schneider, Wünn, alt 86 Jahre; Hermann Kauer, Eisenbahn-Inspektor, Gernheim, alt 62 Jahre. — 2. März: Peter D. rgenbach, alt 41 Jahre, Ehefrau von Josef Dörnsbach, Reserve-Infanterier.

Was unsere Leser wissen wollen.

J. G. B. Danien. 1. Ja. 2. 4 Millionen. 3. Rund 20 Millionen.

„Mast!“ Eine Aufwertung findet nicht statt.

H. D. in H. 1. Ob der betreffende Gemeinderat wegen der Wirtschaftsanforderung sich beteiligt hätte oder nicht, ist doch keine Sache. Es wäre in sich möglich, daß der Beleidiger wenig gut beumantelt ist, oder betrunken war, so daß es sich auch für einen ernten Mann nicht lohnt, die Beleidigungssache zu erheben. Unseres Erachtens liegt für den betreffenden Gemeinderat keinerlei Anlaß vor, wegen derartiger Wirtschaftsanforderung sein Amt niederzulegen. 2. Sie müssen den entliehenen Papiermarkt umgerechnet in Goldmark zum Wert vom Jahrsbeginn in Höhe von 35 Prozent anmerken. Abziehen dürfen Sie den Goldmarkwert des Zahlungsmittels.

Dr. G. A. Die von Ihnen gewünschte Rechtsauskunft können wir im Rahmen des Briefverkehrs leider nicht beantworten. Wir möchten die geklärten Gerichtsverhältnisse kennen, um Ihnen ein eingehendes zuverlässiges Urteil aussprechen zu können. Wir rufen Ihnen, sich zu erkundigen, welcher Rechtsanwalt in G. den betreffenden Prozeß der Erben durchgeföhrt hat. Dieser wird Ihnen die beste Auskunft geben können.

A. G. Wenn der Garten Bekandteil der Mietwohnung ist und im Mietvertrag als solches bezeichnet ist, gehört angeführt wurde, dann können Sie dem Mieter den Garten ebenso wenig wie die Wohnung entziehen. Wenn besondere Umstände eine Veränderung des Mietverhältnisses herbeiföhren können lassen, bleibt nichts anderes übrig, als die Miete des Mietverhältnisses in Anspruch zu nehmen. Wir glauben aber, daß Sie wenig Anlaß auf Erfolg haben.

B. G. Hier. Auf Ihre Anfrage können wir nur unvollkommen antworten, da in der Anfrage offenbar irrtümliche Angaben enthalten sind. Bischo ein Verkauf von Jahr 1908 nur ein Zeit Wort gewesen sein soll, ist unverständlich. Sie haben immerhin Antragsurteile unter der Voraussetzung, daß die Mietezahlung nach dem 31. Juni 1922 erfolgt ist, obwohl an den Schuldner A., wie an die spätere Hypothekenschuldner B. und C. Wir würden Ihnen unter allen Umständen raten, Ihre Antragsurteile gegen alle drei Schuldner geltend zu machen. Wenn die betreffenden nachfolgenden zahlungsfähig sind, dann können wir Ihnen einen weiteren Rat auch nicht geben. Auf alle Fälle wird es sich für Sie empfehlen, die Sache bei der Auftragsstelle des Amtsgerichts hier persönlich zu besprechen, insbesondere da einer der Schuldner im Ausland wohnt.

Tagesanzeiger

Man beachte die Anzeigen! Mittwoch, den 3. März 1926. Städt. Konzerthaus (Bad. Hofspiele): Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr. Aus den Tiefen des hiesigen Volkes. Colosseum: Täglich abends 8 Uhr Varieteprogramm. Gesellschaft für Deutsche Bildung: Abends 8 Uhr. Vortrag von Ulrich v. d. Trenck, Anlaß der Hochschule. Gartenbauverein: Abends 8 Uhr. Hauptversammlung im Colosseum, Saal 2. Zum Elefanten: Neues Programm. Wiener Hofspiele: Neues Programm. Kaffee Bauer: Konzert. Kaffee Roland: Konzert.

Eine der größten Erfindungen

ist das Reproduktions-Piano

Bechstein-Bele

Es gibt das Klavierpiel von Künstlern wie D'Albert, Bachaus, Busoni usw. getreu wieder. Vorföhren jederzeit beim Vertreter Ludwig Schwegler, Karlsruhe, Erbsengasse 4 (beim Rindfleischplatz).

Die Abfindung des Großherzoglichen Hauses.

Nach Mitteilung der Badischen Zentrums-Korrespondenz hat Finanzminister Dr. Köhler in einer Zentrumsversammlung im Bühlertal folgende Erklärung über die Auseinandersetzung des Staates mit dem Großherzoglichen Haus abgegeben:

Für das Land Baden ist die Angelegenheit vollständig und in alter Form erledigt. Der im Jahre 1919 zwischen dem badischen Staat und dem vormaligen Großherzoglichen Hause abgeschlossene Abfindungsvertrag ist rechtsgültig. Der Großherzog hat durch ihn aus dem Vermögensvermögen u. a. die Schlösser in Baden-Baden, Freiburg und Badenweiler samt Grundstücke als Privateigentum erhalten, außerdem für Lebensdauer den Nießbrauch von etwa 3000 Hektar Wald auf dem Kalkenberg und dem Gersberg, sowie ein Kapital von 8 Mill. Mk. Dieses Abfindungskapital, aus dem auch die Ansprüche des Prinzen Max zu befriedigen waren, ist durch Auszahlung von Schuldverschreibungen der Badischen Eisenbahnwerke im Jahre 1919 beglichen worden. Damit waren alle gegenseitigen Ansprüche ausgeglichen, wie ausdrücklich vereinbart wurde. Im Jahre 1924 ist die Groß-Vermögensverwaltung wegen Aufwertung der Abfindungssumme vorläufig geworden. Die badische Regierung hat alsbald erklärt, daß sie einen Aufwertungsanspruch für die in Schuldverschreibungen getilgte Kapitalsumme nach Lage der Verhältnisse nicht anerkennen könne. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß für das Großherzogliche Haus als Besitzer von Schuldverschreibungen die Reichsgesetzgebung maßgebend ist, wie für alle anderen Staatsbürger. Die Regierung wird auf diesem ihrem Standpunkt auch weiterhin bestehen bleiben. Wenn einmal geprüft worden sei, ob durch den Wertminderungsfall verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen des ehemaligen badischen Fürstentums etwa dadurch gesteuert werden könnte, daß die dem ehemaligen Großherzog gehörigen Sammlungen in der Kunsthalle in Karlsruhe vom Staat angekauft würden, so seien diese Verhandlungen schon vor Monaten mit Rücksicht auf die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgebrochen worden.

Badische Landes-Maler-Fachschule.

Bis jetzt hat die Badische Landes-Maler-Fachschule im zweiten Stod der Karlsruhe-er Gewerbeschule (Zimmer 73) eine Ausstellung ihrer Arbeiten im Zeichen und Malen veranstaltet, wie sie in dem fünfmonatigen Winterkurs (vom 1. Oktober 1925 bis 28. Febr. 1926) unter Leitung ihres Fachlehrers, des Kunstmalers Karl Walter, entstanden sind. Wer die Ausstellung besucht, wird erstaunt sein über die Reichhaltigkeit des Gehobenen. Er begegnet leuchtend-weißen Malereien der verschiedensten Art, einfachen und komplizierten Strichzeichnungen, Graubildern, Gobelinen und Goldgrund-Imitationen, dekorativen Raumdarstellungen, wie sie in der Praxis verlangt werden, Schriftzügen in Feder und Pinsel, sowie ihre Anwendungen in Plakativwerken und Reklameflurten, Übungen im freihändigen Zeichnen und Malen, nach Modell und Natur, und Darstellungen aus der konstruktiven Perspektive und Schattenslehre.

Beim genauen Betrachten der einzelnen Arbeiten fällt dem Besucher der Ausstellung die fachgemäße Ausführung angenehm auf, die sich in der verwendeten Technik, in der soliden Zeichnung und der wohlthuenden harmonischen Zusammenstellung der Farben erkennen läßt. Jeder Arbeit liegt ein Auftrag zugrunde, wie er auch in der Praxis erfüllt wird. Auf Grund dieses Auftrages ist der Schüler gehalten, zunächst eine Skizze in verkleinertem Maß-

Das Lehrerbildungsgesetz.

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtages hat gestern mit der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes begonnen.

Der Berichterstatter, ein Sozialdemokrat, gab einen Rückblick über den Verdegang der Angelegenheit und betonte, wenn infolge einer etwaigen Abänderung des Gesetzes eine Eingruppierung der Lehrer in die Besoldungsgruppen IX und X erfolgen müßte, der jährliche Aufwand in Baden 21 134 000 RM. betrüge.

Der Unterrichtsminister

Begründete dann den Entwurf. Die Regelung der Angelegenheit sei zwar nach der Verfassung Sache des Reiches; dieses habe jedoch vorerst darauf verzichtet. Redner berührte die Öffnung der Frage in Preußen und speziell in Thüringen und Sachsen, das nicht zur Nachahmung anderer, Das Heranziehen des nötigen Ertrages an Lehrern sei in Baden bei der Verleinerung des Studiums und weil kein Äquivalent in höhere Einstufung geboten sei, nicht sicher. In Sachsen vollziehe sich bereits eine nicht erwünschte Umschichtung in den Lehrerbildenden, weil nur noch die Kinder begüterter Leute Lehrer werden könnten. Seine Gesetzesvorlage sei eine weitgehende Besserung der bisherigen Lehrerbildung. Die Trennung der allgemeinen und beruflichen Ausbildung sei erreicht. Die neue Lehrmethode soll für die hierzu geeigneten Gebiete akademisch sein. Der Direktor der Lehranstalt sei von dem Leiter des Lehrheimes getrennt.

Bezüglich der konfessionellen und der simultanen Ausbildung der Lehrer sei der bisherige Stand erhalten. Sein Gesetzesentwurf sei der Anfang einer Fortentwicklung. Der Standpunkt weiter Kreise der Lehrerschaft, alles oder nichts, sein kein weiser Standpunkt. Es könne nur gemacht werden, was finanziell und politisch zur Zeit möglich sei. Er habe den Entwurf ohne jeden Einfluß von anderer politischer Seite gefertigt. Der Zentrumsredner betonte, entscheidenden für das Zentrum seien folgende Fragen: Was liegt im Interesse der Schule und der Kinder? Was kann das Volk (Staat und Eltern) finanziell leisten? Wie erhält das Land Baden die genügende Zahl tauglicher und sozial richtig eingestellter Lehrer? Wie können aus allen Volkstreffen Lehrer heranwachsen? Dies sei möglich über unsere siebenklassigen Mittelschulen mit Hilfe von billiger Weiterbildung in den Seminaren. Mit dem Lehrplan der Seminare sei er nicht ganz einverstanden. Er wünsche Methoden nach Art der Universität. Der Wunsch des Zentrums, ausschließlich konfessionelle Seminare zu bilden, sei nicht erfüllt, es finde sich jedoch mit dem Vorschlag der Regierung ab. Der Gesetzesentwurf bringe große Fortschritte. Wenn am Vorschlag der Regierung getreulich werde, dann würde das Zentrum auch seine Forderungen anmelden. Der Redner der Bürgerlichen Vereinigung stimmte dem Zentrumsredner zu, betonte aber, daß er für simultane Seminare sei. Fortsetzung morgen vormittag.

Hauptversammlung des Landesverbandes bayerischer Tabakbauvereine.

bl. Kandel i. d. Pfalz, 2. März. Im Gasthause zur Pfalz in Kandel hielt am Sonntag der Landesverband bayerischer Tabakbauvereine seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die aus allen Teilen des Landes zahlreich erschienenen Mitglieder wurden durch den ersten Vorsitzenden des Verbandes, Oberregierungsrat Wagner aus Neustadt a. d. S. begrüßt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung des deutschen Volkstraumtages und ehrte das Andenken an die gefallenen Soldaten durch Erheben von den Sitzen. Dann ergriff Regierungsrat Reich aus Speyer als Vertreter der pfälzischen Kreisregierung das Wort und gab namens der Regierung die Versicherung ab, die Tabakpflanzer in ihren Forderungen weitgehend zu unterstützen und insbesondere, soweit es anginge, bei dem niedrigen Tabakbau durch Staatszuschüsse auch weiterhin zu helfen. Die pfälzische und die bayerische Regierung würden stets das Wohl der Tabakbauern im Auge behalten. Für den deutschen Tabakbauverband und als Vertreter der badischen Landwirtschaftskammer war Landwirtschaftsminister Wirtzberger zugegen. Außerdem waren Vertreter der in Betracht kommenden pfälzischen Bezirksämtern anwesend.

Nach Ablegung des geschäftlichen Teils, in dem die Beschlüsse des Sonderausschusses von der Versammlung einstimmig genehmigt wurden, erstattete der Geschäftsführer, Landesinspektor Defonomierat Hofmann Bericht über die Lage im Tabakbau. Er ging dabei auf die von der Reichsregierung teilweise gewährte Steuervergünstigung ein, die zweckmäßig auf alle übrigen Tabakfabrikate ausgedehnt werden sollte, wodurch eine größere Abnahmefähigkeit geschaffen würde. Der Redner sprach am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Erwartung aus, bei der Reichsregierung weitgehendes Verständnis für die Lage der Tabakpflanzer zu finden. Die Wünsche der Tabakpflanzer kamen in einer am Schluß der Versammlung gefaßten Entschließung zum Ausdruck, in der die maßgebenden Regierungsstellen erlucht werden, die bereits für einen Teil der Tabakerzeugnisse gewährten Steuervergünstigungen auch auf alle übrigen Tabakfabrikate auszudehnen, wodurch dem Tabakbau wohl die wirksamste Hilfe zuteil wird und die Absatzsituation und damit die Not der Tabakbauern am besten behoben würden. Einen breiten Raum nahmen zwei fachwissenschaftliche Vorträge über Beeinträchtigung und Verhütung, sowie über die Erträge der Bonifikation beim Einwiegen der Tabake ein.

Unterricht im Glasvergoldeten und Lehen, in Goldfarb- und Marmorarbeiten, in ornamentaler Stilchre, in Farbentheorie, in Buchführung und Gesetzkunde usw. vervollständigt die Ausbildung der jungen Leute, die bei ihrem Eintritt in die Schule das 18. Lebensjahr erreicht und die Gesellenprüfung abgelegt haben müssen. Es wäre zu wünschen, daß auch der Sommerkurs wieder von recht vielen Malern besucht würde und überall in Fachkreisen der Gedanke die Oberhand gewinnen würde, daß nur durch den Besuch von derartigen Kursen der Einzelne auf ein höheres Niveau gelangen und befähigt wird, allen Ansprüchen an seinen Beruf gerecht zu werden.

Noch immer werden Bestellungen auf das „Karlsruher Tagblatt“ für März entgegengenommen.

Mit der Versammlung war auch eine Preisverteilung für die Ansteller in München verbunden.

Sport-Spiel

Fußball.

Die deutsche Nationalmannschaft gegen Holland. Der Spielbericht des D.F.B. hat für das am 18. April im Rheinstadion zu Düsseldorf stattfindende Vänderspiel gegen Holland folgende Nationalmannschaft nominiert: Stuhlfaut (N. F. C. Nürnberg); Müller (S. V. V. V. V.); Kugler (A. F. C. Nürnberg); Dagen (S. V. V. V.); Köhler (S. C. Dresden); Heilmann (S. C. Düsseldorf 99); Rüdolph, Lude (beide TuRU Düsseldorf); Seiderer (S. V. V. V.); Gerdner (Samburger S. V.); Scherl (S. V. V. V.). Eine Veränderung der Mannschaft wird mit Rücksicht auf Sonderverpflichtungen, der ja schon am 8. April mit der Panleonen-Mannschaft nach Amerika fährt.

Winterport.

Die Osterjagd auf dem Feldberg im Schwarzwald. Nachdem im letzten Winter bei dem erst Mitte April liegenden Osterfest für die Osterjagd die Güte des Schnees zu wünschen übrig ließ und die Ueberlegung Platz griff, daß Osterjagden früher und möglichst Ende März zu legen sind, um einer besseren Schneedecke sicher zu sein, wird in diesem Jahr das Osterfest am Ostermontag selbst verleben, der Osterjagd am Ostermontag fällt. In Frage wäre nur noch acht Tage vorher der Osterjagd gekommen, der aber klimatisch nicht solche Vorteile bieten kann, daß man sich zur Freigabe der Osterjagd, die der Osterjagd für Teilnahme und Besuch bietet, begeben wollte.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Dienstag, den 2. März.

Unter Hochdruckeinfluß lichtete sich in der letzten Nacht die Bewölkung, so daß die unteren Luftschichten sich durch Strahlung stark abkühlten. Ueber Norddeutschland lagert eine kräftige Zyclone, an deren Südrande sich über Deutschland ausgebreitete Regengebiete hinzulassen und die Witterung unseres Landes beeinflussen.

Badische Meldungen.

Ort	Über NN	Wind	Stärke	Wetter	Wasser	Wasser
Karlsruhe	778.6	2	0	SB	leicht	bed.
Baden	778.6	3	0	SB	leicht	bed.
St. Blasien	780	0	7	SB	leicht	bed.
Feldberg	1292	648.4	0	SB	leicht	bed.

Außerbadische Meldungen.

Ort	Über NN	Wind	Stärke	Wetter
Karlsruhe	778.6	2	0	SB
Baden	778.6	3	0	SB
St. Blasien	780	0	7	SB
Feldberg	1292	648.4	0	SB

Rheinwasserstand.

Ort	Wasserstand	Wasserstand
Karlsruhe	1.28 m	1.28 m
Baden	2.27 m	2.28 m
St. Blasien	4.27 m	4.32 m
Feldberg	3.41 m	3.45 m
Waldshut	2.28 m	1.85 m

Seciferrin
Frisches gesundes Aussehen
Es ist vielfach möglich, den Blutzustand zu verbessern, den Appetit zu heben und ein besseres Aussehen herbeizuführen.
Preis Mk. 1.75. Große Flasche Mk. 3.-.
Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Depot: Hofapotheke Dr. Krieg, Karlsruhe
Internationale Apotheke, Karlsruhe
Durlach: Löwen-Apotheke, Hauptstr. 12
Tapeten!
Die neuen Kollektionen sind fertig gestellt. Ueber 500 neue Muster, daher reichhaltigste Auswahl.
Telefon 2455 **H. Durand** Douglasstr. 26
Kataloge jederzeit zu Diensten.

„St. Barbara“
Magen-, Leber-, Nieren-Lee
v. Bonn-Wert Dresden
25 bis 27, Med. Pränat
erhält Sie gesund.
Kurplatz 2 Nr. 3 in Bad.
Internationale Apotheke

Ich habe keinen Laden mehr
umso preiswerter kaufen Sie
MÖBEL
Betten - Polsterwaren
Gut bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
in großer Auswahl im
Möbel- und **Heinrich Karrer**
Bettenthaus
gegründet 1900
nur **Philippstrasse 19**
Straßenbahnhaltestelle Linie 1 u. 2 bei der Kirche
Karlsruhe-Mühlburg
Lieferung frei Haus — nach auswärts per Auto
Zahlungserleichterung

DER ONKEL schießt mit Macht ins Tor,
Dem Torwart kommt das spanisch vor,
Doch Onkel Stuvkamp spricht und lacht:
„Nur Stuvkamp-Salz schafft solche Kraft.“

Schafft Euch Jugendfrische, Gesundheit, Lebensfreude,
mit einem Wort:
das „Stuvkamp-Gefühl“ durch
Stuvkamp-Salz

Bestimmt zu haben in folgenden Depots:
Baden-Drogerie, Kaiserstr. 24, Drogerie **K. Dammert**, Schützenstr. 82, **J. Dehn**
Nacht, Zähringerstr. 55, **O. Fischer**, Karlsruherstr. 74, **Konrad Gebhardt**, Angartenstr. 24,
M. Hofeinz, Luisenstr. 5, **W. Hofmeister**, Philippstr. 14, **H. W. Lang**, Kaiserstr.
24, **J. Lösch**, Herrenstr. 35, **K. Lösch**, Körnerstr. 26, **Fritz Manschott**,
Lenzstr. 15, **Ostend-Drogerie**, Ludwig-Wilhelmstr. 8, **Carl Roth**, Herrenstr. 20/22,
Schwarzwald-Drogerie, Söfentraße 12, **Strauss-Drogerie**, Rheinstraße 67,
W. Teichmühl, Amalienstr. 19, **Adolf Vetter**, Zirkel 15, **Th. Wala**, Kurvenstr. 17,
Westend-Drogerie, Kaiserlee 65, **Durlach: Adler-Drogerie**, Hauptstr. 16.
Generalvertreter für Freistaat Baden:
Fritz Störzinger, Karlsruhe, Karlsruherstr. 48, Telefon 6092.

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Englands Lieferanten.

London, 25. Febr.

Angesichts der schätzvollen Richtung der englischen Handelspolitik ist die Frage nicht ohne Interesse, welche Länder die Hauptlieferanten Englands sind. Dieser Frage sind die handelsstatistischen Nachweise für das Jahr 1925 veröffentlicht worden, die die Antwort auf die Frage geben. Darin werden drei Gruppen unterschieden: europäische Staaten, überseeische Länder und Kolonien. Der Wert des englischen Handels mit:

	Einfuhr	Ausfuhr
	1913	1925
	(in Tausend Pfund)	
den wichtigsten europäischen Ländern	319 407 442 050	193 938 253 709
überseeische Staaten und Kolonien	257 812 451 087	136 000 184 457
Dominiens und Kolonien	191 516 429 721	195 807 334 921

Vergleicht man die Entwicklung des europäischen Handels Englands mit den auf anderen Gebieten (Ziffer 2 und 3) gemachten Fortschritten, dann ergibt sich, daß die relative Bedeutung des europäischen Marktes abgenommen hat. Heberreichend hingegen ist die Tatsache, daß die Einfuhr aus den Kolonien und den Vereinigten Staaten eine gewaltige Zunahme aufweist. Rechnet man, wie es natürlich ist, Ziffer zwei und eins zusammen, dann sieht man, daß trotz der Kompensation durch Zunahme der Lieferungen den V.S.A. die relative Bedeutung des Eigenhandels des englischen Reiches zugenommen hat. Die amtliche Statistik enthält folgende Prosentzahlen,

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Ausland	Kolonien	Ausland	Kolonien
	%	%	%	%
Jahr 1913	75.13	24.87	62.82	37.18
1925	70.23	29.77	60.69	39.31

Der Plan zolltariflichen Zusammenfassens des englischen Reiches hat demnach gewisse Ausblicke. Es ergibt sich aber gleichzeitig, daß zwischen den Handelsbeziehungen Englands mit dem europäischen Festland und jenen mit den Vereinigten Staaten, ja Amerika im Ganzen ein fundamentaler Unterschied besteht. Aus Europa stammen hauptsächlich Fabrikate, von jenseits des Atlantik aber Rohstoffe. Deren wichtigste sind Baumwolle, Wolle, Petroleum, Benzin, Leder usw. Der andere formuliert, England kann in der Einfuhr die europäischen Staaten leichter entbehren als die überseeischen.

Dieses Bild wandelt sich, sowie wir die englische Ausfuhr betrachten. Während die Vereinigten Staaten Güter im Werte von 250 Millionen Pfund im vergangenen Jahre lieferten, bezogen sie nur 53 Millionen Pfund an Waren, aber ein Viertel. Inzwischen müssen wir aber noch einen Blick auf den englischen Wiederausfuhrhandel werfen. England war von jeher die Warenbüchse Europas. Viele nach England eingeführte Waren wandern unverändert wieder weiter an europäische Kunden, oder nach Übersee.

Der Wert der englischen Wiederausfuhr betrug in 1000 £:

1913	109 575
1925	154 411

Von der Zahl für 1925 entfielen 26 Millionen Pfund auf Wiederausfuhr nach den Dominions. Während nun 1913 von diesem Betrage rund ein Drittel auf die V.S.A. entfielen, sank diese Ziffer 1925 auf ein Fünftel. Ebenfalls ist der Anteil der Kolonien gefallen und zwar von 12 auf 10 vom Hundert der Wiederausfuhr. Schließlich muß bemerkt werden, daß die Wiederausfuhr nach Europa im Vergleich mit der Ausfuhr englischer Fabrikate relativ gestiegen ist. Die Desorganisation des europäischen Handels in der Nachkriegszeit vermehrte die Gelegenheiten für englische Vermittlung. Deutschland bezog aus England im Jahre 1913 für rund 20 Millionen Pfund überseeische Erzeugnisse (Wiederausfuhr) und im Jahre 1925 für 27 Millionen Pfund. Der Anteil der Vereinigten Staaten blieb fast unverändert auf etwas über 30 Millionen Pfund. Von unmittelbarem Interesse ist die anteilige Bedeutung einzelner europäischer Länder.

	Einfuhr aus:	Ausfuhr nach:
	in Tausend Pfund	
	1913	1925
Deutschland	80,441	48,156
Frankreich	49,498	71,989
Italien	8,131	19,436
Belgien	23,426	36,236
Niederlande	40,271	32,887
Dänemark	27,913	62,000

Zu den russischen Zahlen muß gesagt werden, daß sie für das Jahr 1925 auch den Handel mit England, Lettland und Litauen enthalten.

Da zur Zeit die Zusammenfassung dieser Generalzahlen noch nicht bekannt ist, lassen sich nur allgemeine Schlüsse daraus ziehen. Immerhin zeigen sie, daß das Betermordiegeschrei englischer Händler über die deutsche Konkurrenz in diesen Zahlen als unberechtigt erwiesen wird. Der Handelsstatistiker weiß allerdings, daß sich in den Ziffern für den englischen Handel mit den kleinen Nordseeländern Holland, Belgien und Dänemark ein mehr oder minder großer Anteil deutschen Warenverkehrs verbirgt. Die von England erhobene Reparationsabgabe hat diese unsichtbare deutsche Einfuhr sicherlich noch vermehrt.

Auch die sichtbare deutsche Einfuhr zeigt im vergangenen Jahre eine beträchtliche Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahre 1924, nämlich von rund 37 Millionen Pfund auf 48 Millionen Pfund. Die englische Ausfuhr nach Deutschland wuchs nicht so stark, nämlich von 42,6 Millionen auf 44,2 Millionen Pfund. Hierzu ist allerdings noch die Wiederausfuhr aus England zu rechnen, sie betrug 27 Millionen Pfund. Während also die deutsche Handelsbilanz im Verkehre mit England vor dem Kriege selbst bei Einrechnung

der englischen Wiederausfuhr aktiv war, ist sie heute immer noch passiv. England liefert mehr als es bezieht.

Rehren wir zum Ausgangspunkte der Betrachtung zurück, dann sehen wir, daß Englands wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber Deutschland großenteils wiederhergestellt worden ist, nicht aber gegenüber Europa als Ganzem. Theoretisch sollte aber England in Europa mehr verkaufen können und weniger kaufen. Das Umgekehrte ist der Fall. Deute ist der Produzent in der schwächeren Position, sofern es sich um Fertigfabrikate handelt. Europa liefert aber mehr Fabrikate als andere Länder. Die Spitze der englischen Schutzollbewegung richtet sich also gegen das europäische Festland. Englands Lieferanten werden sich, soweit sie Europäer sind, eines Tages an die Hintertür gewöhnen müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Reichsfinanzminister über die Bedeutung der Leipziger Messe.

Anläßlich des Besuchs des Reichspräsidenten (siehe politische Teil) führte Reichsfinanzminister Dr. Curtius, der im Auftrag des Reichspräsidenten dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem Leiter des Messeamtes für den Empfang dankte, etwa folgendes aus:

Wir werden mit den Führern der Wirtschaft aus Industrie und Handel und mit den Leitern der Messe eine Aussprache suchen, um ihr Urteil über die allgemeine Wirtschaftslage zu hören. Von der schweren Krise, in welche die deutsche Wirtschaft geraten ist, wird sie sich nur langsam erholen. Ihre Ausdehnung auf sämtliche Zweige der Wirtschaft zeigt sich an einer Anzahl von Konkursen, Geschäftsaufstößen und Wechselprotesten, den zahlreichen Fällen geräuschlosen Verschwindens kleiner Betriebe und vor allem an der gemaltigen Ziffer unserer Arbeitslosigkeit. Die letzten Anzeichen einer Besserung in den letzten Wochen dürfen nicht übersehen werden; die Verlangsamung, vielleicht schon der Stillstand der Zunahme der Arbeitslosigkeit, die wachsende Auftragserteilung in manchen Industrien, die Wanklungen auf unserem Geldmarkte und die Zunahme langfristiger Anlagen sind eine sichere Gewähr für eine Gesundung dieses erst jetzt in voller Breite im Gange befindlichen Umstellungsprozesses, der in manchen Industrien bereits fast vollständig ist. Es ist der Wunsch der Reichsregierung, daß sich die jetzige Leipziger Messe als die Messe des Wiedererstarkenden Vertrauens erweisen möge.

Der Reichsfinanzminister ging sodann auf die umfangreichen staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft ein, die von Seiten der Reichsregierung ergriffen werden sollen oder bereits in Durchführung seien. Der Minister fasste zusammen: Die Reichsregierung stelle in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit ein großzügiges Finanz- und gleichzeitiges Wirtschaftsprogramm: Erleichterung der öffentlichen Kosten und durchgreifende Ersparnismaßnahmen auf der einen Seite, Wirtschaftspolitik auf lange Sicht und unmittelbare Unterstützung durch Kredite und sonstige Reichshilfen zur Überwindung des toten Punktes auf der anderen Seite. So schwach die zunächst angewandten Mittel sein mögen; wir wissen, daß kleine Urachen große Wirkungen haben können. Eines allerdings setzt die ganze Politik der Reichsregierung voraus: den begründeten starken Glauben an die unverwundliche Kraft der deutschen Wirtschaft, die mit fleißigen Händen und klugen Köpfen in unablässiger Anstrengung auch diese Krise überwinden wird." (Weisfall.)

Vom Stuttgarter Baumarkt. Nach amtlichen Ziffern beträgt, wie wir dem Geschäftsbericht der Abteil. Grundbesitz der Chr. Pfeiffer A.-G., Stuttgart, für das Jahr 1925 entnehmen, der Gegenstandsumsatz im abgelaufenen Jahr in Groß-Stuttgart insgesamt 45 483 594 Mark, verteilt auf 1815 Kaufs- und 103 Verkaufsgeschäfte, während im Jahr 1924 ein Gesamtumsatz von 38 130 542 Mk. erzielt wurde. Wenn man diese Zahlen den Ziffern von 1913 und 1914 gegenüberstellt, ergibt sich ein bedeutender Rückgang der Umsätze.

In der Hauptsache rühre dies von der Kapitalknappheit her, andererseits von den hohen Steuern, welche auf den Besitzwechsel gelegt worden sind. Die Grundbesitzer, ferner die Hauskonnomen und andere Kaufleute, Geschäftsführer, Eintragsbesitzer und andere Kaufleute haben in den letzten Jahren den Kaufpreis für Grundbesitz um 8-10 Prozent des Kaufpreises. Im Berichtsjahr sind zahlreiche Neubauten von Einmalkäufern in allen Stadtbezirken entstanden, jedoch genügend Angebot in solchen Häusern vorhanden; diese wurden annähernd zum Friedenswert verkauft, während Wohnhäuser mit nicht freien Wohnungen im Preis gesunken sind. Manche solcher Häuser wechselten mit 50-60 Prozent des Friedenswertes den Besitzer. Für Geschäftshäuser kann ein Durchschnitt von 70-80 Prozent als heutiger Verkaufspreis, für Käufer in allererster Lage bis 100 Prozent angenommen werden. Kaufpreise waren weniger hoch, was mit der schwierigen Beschaffung von Baugeldern zusammenhängt. Die Nachfrage nach Fabrikgebäuden hat erheblich nachgelassen. Verkäufe an Ausländer sind im Berichtsjahr nicht bekannt geworden.

Am Wohnungsmarkt sei in Bezug auf größere Wohnungen eine kleine Erleichterung festzustellen, dagegen die Not bei den kleinen Wohnungen immer noch groß. Außer den vom Staat, der Stadtgemeinde und einigen gemeinnützigen Bauvereinigungen erstellten Bauten sind wenige Mietwohnhäuser entstanden. Wäden, Bureau und Geschäftsräume sind in größerer Anzahl angeboten, auch in Konzeptionsräumen ist kein Mangel. Möblierer Wohnungen für Familien sind bei zahlreichem Angebot wenig begehrt. Der Hypothekengeldmarkt ist durch die Anwartschaft für langfristige Gelder stark beeinflusst. Ein Anstieg um etwa 15 Prozent jährlich bewilligt werden. Versicherungsanstalten 20-25 Prozent des Vorjahreswertes. Für Hypotheken an zweiter Stelle war so gut wie kein Geld angeboten. Die Anlagen wurden im allgemeinen auf 1-5 Jahre fest abgeschlossen. Neuerdings ist auf dem Hypothekemarkt eine Erleichterung eingetreten. Auslandskapital ist am Hypothekemarkt kaum in Erscheinung getreten.

Umgestaltung der belgischen Eisenbahnen. Die der „Journé Industrielle“ aus Brüssel berichtet, daß die belgische Regierung, die belgischen Eisenbahnen autonom zu gestalten und eine Eisenbahngesellschaft mit einem Kapital von einer Milliarde Franken zu bilden, von der der Staat vier Fünftel übernehmen würde, während ein Fünftel neues Geld aufgenommen solle. Diese Eisenbahngesellschaft würde 11 Milliarden Obligationen ausgeben, die die Konsolidierung der schwelenden Schuld herbeigeführt werden solle.

Keine Auslands-Ausleihe der deutschen Zuckerindustrie. Nach amerikanischen Meldungen soll die Deutsche Zuckerbank vor dem Abschluß einer großen langfristigen Anleihe mit amerikanischen Banken stehen. Die „Konj. Rev.“ hierzu erklärt, entgegen der Meinung in dieser Richtung nicht den Tatsachen. Es sollen zwar sowohl der Zuckerbank wie einzelnen Konzernern und Fabrikanten Angebote amerikanischer Geldgeber vorliegen, in ähnlicher Weise, wie dies auch bei anderen Industrien ausgedrückt der Fall ist. Man scheint jedoch in Kreisen der Zuckerindustrie die Auffassung zu vertreten, daß die derzeitigen Bedingungen der Lage des Geldmarktes nicht entsprechend sind. Außerdem ist es zweifelhaft, ob sich überhaupt eine größere Gruppe der Industrie bereitfindet, das bisherige System der Kampagne-Kredite zu verlassen und zu einer Finanzierung auf lange Sicht überzugehen. Es erhebt sich laut „N. u. W.“ durchaus die Frage, ob überhaupt in irgend einer Form eine langfristige Anleihe der Zuckerindustrie zur Lausche werden wird.

Handelsvertragsverhandlungen. Bei den Verhandlungen mit der Türkei wird damit gerechnet, daß die am letzten Sonntagabend von Berlin abgereiste Kommission der deutschen Delegierten schon in der Woche mit den Vertretern der türkischen Regierung die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit der Türkei beginnen wird, nachdem die Vorbereitungen hierfür durch Prüfung der gegenseitigen Vorschläge bereits vorher beendet waren.

Die vorbereitenden Verhandlungen für den deutschen Handelsvertrag mit Schweden sind bereits so weit gediehen, daß der Beginn der eigentlichen Verhandlungen auf Mitte März festgesetzt werden konnte. Die Verhandlungen finden in Berlin statt.

Österreichische Eisenbahngesellschaft in Wien. In der O.E. vertrat das Reich 18 Mill. Anteile von über 200 Millionen Anteilen. Die Verwaltung nahm zu den Kurstulden von 12 bis 15 Prozent bei der Auszahlungssumme von 3,5 Prozent bei als Realisationswert für die Kurstulden 90 Prozent an. Man bemühte sich im Interesse der Aktionäre um eine Reduktion der Kurstulden, aber es wurde über 30 Prozent herabgedrückt, aber es mußte dieser Kurstulden auch sonst entgegengetreten werden. Die Situation in Österreich ist unverändert. In Entscheidungungen habe die Gesellschaft vorerst nichts zu erwarten.

Türkische Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung des Tabaks. Von der letzten west-anatolischen Tabakernte sind trotz erheblichen Minderertrags große Mengen unverkauft geblieben und haben den von der vorjährigen Ernte vorhandenen Vorrat noch erhöht. Da es sich meist um Tabak minderer Qualität (Baluk) handelt, die Hauptabnehmer aber die Amerikaner, nur bessere Sorten (Zona) kaufen, ist der Markt sehr schwach. Die türkische Regierung erwägt imfolgedessen Maßnahmen für eine Verbesserung der Anbaumethoden und Verbesserung der Anbaumethoden zwecks Erzielung besserer Qualitäten.

Wichtige türkische Exportbestimmungen. Ueber die Bedeutung einer wichtigen türkischen Exportart, bisher nicht genügend bekannten, berichtet uns der Verband türkischer Industrieller folgendes mit der Bitte, dieses Geld nicht wochen- oder monatlang ausstehen lassen kann, empfiehlt es sich, sämtliche Güterlieferungen für die Türkei stets „transit“ nach Smyrna-Transit“ bezeichnet sind, muß der Zoll plus 20 Prozent im Falle der Weiterführung nach einem anderen (türkischen oder ausländischen) Hafen, also auch im Falle der Rückführung ins Vertriebsland, deponiert werden. Dieses Goldpolster wird erst nach Vorweisung einer Bescheinigung des betreffenden Hafensollamtes, nachdem die Ware dort richtig angekommen wurde, rückerstattet. Da bei der heutigen allgemeinen Geldknappheit nicht jedes Firma ohne weiteres derartige Bescheinigungen ausstellen vermag, begibt dieses Geld nicht wochen- oder monatlang ausstehen lassen kann, empfiehlt es sich, sämtliche Güterlieferungen für die Türkei stets „transit“ nach dem betreffenden türkischen Bestimmungshafen auszugeben. Es genügt nicht, den Transit-Vermerk an der Verpackung anzubringen. Die Transit-Bescheinigung muß auch in den Konnossementen angedrückt sein, da sich die Zollämter in erster Linie an die Schiffsmannschaften halten. Im Falle der Transit-Bescheinigung können Weiter- oder Rücksendungen unverzollt lagernder Waren anstandslos ohne Deposition des Zolles vorgenommen werden.

Finanzierung der bulgarischen Tabakernte. Die Schweizerische Tabakgesellschaft in Vercano, die der Banca Commerciale Italiana in Mailand nachsteht, hat mit der Landwirtschaftsbank in Sofia ein Abkommen getroffen, wonach die Tabakgesellschaft die Verwertung der aus früheren Ernten verbliebenen Bestände, sowie die Finanzierung der Tabakernte von 1925 bis 1926 übernimmt. Die Einzahlungen erfolgen für Rechnung der bulgarischen Tabakbau-Gesellschaften zwecks Rückzahlung der ihnen seitens der Landwirtschaftsbank geleisteten Vorkäufe.

Britische Schiffahrt. In der Jahresversammlung der englischen Schiffahrtsgesellschaft wurde u. a. ausgeführt, daß das Jahr 1925 das schlechteste Jahr für die britische Schiffahrt gewesen sei, soweit man zurückdenken könne. Die Frachten für Transporthafen seien auf den Stand von 1913 zurückgegangen, während die Betriebskosten um 90-100 Prozent höher waren als vor dem Kriege. Die Ausblicke seien indes düster, da die allgemeine Erholung von Handel und Industrie zuletzt auch auf das Schiffahrtsunternehmen zurückwirken müsse.

Preisvereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Celluloseindustrie. Die französischen und die deutschen Cellulosewerke sollen nach der Pariser „A. G. et Min.“ in Absprache stehen, um in verschiedenen Fragen der Celluloseindustrie, besonders bezüglich der Auslandspreise, einig zu werden, umso mehr, als das Handelsprotokoll zwischen Deutschland und Frankreich für die Celluloseindustrie keine neuen Bestimmungen gebracht hat.

Export-Eisenpreise für März. Der Anstieg, der die von der Rohstoffindustrie auf den ausbleibenden Veranlassungen für das zum Export kommende Eisen monatlich festsetzt, hat die Veranlassung gegeben, die höchsten Auslandspreise für die verschiedenen Eisenformen für März im allgemeinen nicht geändert. Es betragen also u. a. die folgenden Auslandspreise in Mark je Tonne: Rohblech 90 (Veralunassab 10), Formblech 100 (23), Stab Eisen 105 (22), Walzblech 115 (20), Gas- und Siedblech 110 (22), Rohblech 118 (20), Metallblech 120 (15), Feinblech über 1 Millimeter 135 (10), Feinblech unter 1 Millimeter 155 (15).

Generalversammlung der Badischen Bank.

Eine Rede des badischen Finanzministers.

Die Badische Bank hielt am Dienstag unter dem Vorsitz von Bankdirektor Dr. Benno Weil (Süddeutsche Disconto-Gesellschaft) ihre ordentliche Generalversammlung ab. Auf Antrag der Verwaltung wurden etliche Satzungsänderungen genehmigt, die auf Wunsch des Reichswirtschaftsministers vorgenommen wurden. Es handelte sich u. a. um eine stärkere Fixierung des Rechtsverhältnisses der Bank. Die Verammlung genehmigte diese Anträge, sowie die Bilanzvorläge der Verwaltung, nach denen bekanntlich 10 Prozent Dividende auf die Stammaktien verteilt werden.

Nach Schluß der Tagesordnung ergriff Finanzminister Dr. Köhler das Wort. Er führte u. a. aus, daß die Badische Bank keine Staatsbank ist. Es ist notwendig, dies in der Öffentlichkeit auszusprechen. Aber seit August 1920 ist der badische Staat an der Badischen Bank maßgebend beteiligt. Durch diese Verbindung haben beide Teile Vorteile erlangt. Dem Staat war es insbesondere auch möglich, hierdurch der badischen Wirtschaft wertvolle Dienste leisten zu können, wie andererseits die Bank in weitem Umfang für die Abwicklung der Geldgeschäfte des Staats in Anspruch genommen worden ist.

Wenn am 30. Juni 1925 die Depositen-einkünftliche Rentenbankdarlehen der Bank 50 Millionen, ihr Wechselbestand und die sonstigen Kredite 70 Millionen betragen haben, so ist aus diesen Zahlen klar zu erkennen, wie erfolgreich die Bankleitung sich bemüht hat, der badischen Wirtschaft Kredite zuzuführen. Der nach vielen Arbeiten erreichte Nettobankkredit in Höhe von 9 Millionen ist dem bürgerlichen und gewerblichen Mittelstand durch seine Organisation zugekommen. Die dem Mittelstand dienenden Vorkehrungen haben hauptsächlich mit den Krediten der Badischen Bank ihre Gewähr wieder aufbauen können. Die vom badischen Staat gewährten Millionen-Vorgeschüsse für Landwirtschaft und Handwerk sind von der Badischen Bank effektiviert worden.

Banken und Bankiers werden von der Badischen Bank in umfassender Weise mit Kredit versorgt — am 30. Juni 1925 ca. 40 Millionen Mark. Das direkte Geschäft mit der Industrie ist geringer, da die Notenbank eigentlich die Bank der Geldinstitute ist. Die Bankleitung hat sich stets bemüht, jedem berechtigten Kreditbegehren zu entsprechen, natürlich unter Berücksichtigung der Stellung der ihr durch Gesetz vorgeschriebenen Sicherheiten. Anherberauschlich erfolgreich war die Bank in der Vergangenheit in dem Bestreben, badische Fabrikanten mit Betriebskredit zu versorgen. Ich hoffe aufrichtig, daß es auch in Zukunft gelingen wird, diese wichtige Funktion der Badischen Bank zur Belebung unseres Wirtschaftslebens in Baden nicht nur im selben Umfang zu erfüllen, sondern noch zu erweitern und auszubauen. Die Regierung wird tun, was hier in ihren Kräften steht, und die Bank so wie bisher auch künftig beim Heranbringen von Reichsgeldern zum Nutzen unserer badischen Industrie tatkräftig unterstützen. In der Vergangenheit waren es in der Hauptsache die Reichsregierungs- und Landesbanken, welche durch Vermittlung der Regierung ins Band kamen.

Anherberauschlich zu bedauern sind angesichts dieser Arbeit die Beschränkungen, die den Privatnotenbanken immer noch auferlegt sind. So ist die Höhe des kleinsten Notenbetrags auf 50 Mk. festgesetzt, und der Antrag, eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Note in Höhe von 20 Mk. auszugeben, ist nicht genehmigt worden. Dem Publikum wird es auch nicht verständlich sein, daß die Noten der Privatnotenbanken innerhalb Deutschlands nicht dasselbe Umlaufrecht wie diejenigen der Reichsbank haben, sondern in der Hauptsache auf das Gebiet des Ausgabelandes beschränkt sind. In der Reichsbank selbst sind in Einzelheiten etwas entgegengekommen, obwohl sie sich nicht ernstlich bemühen, der allgemeinen Freizügigkeit der Banknoten zuzustimmen, so hat es z. B. die deutsche Reichsbank einfach abgelehnt. Die Noten der Privatnotenbanken außerhalb ihres Landes anzunehmen. Die Reichsbank hat nur ihre großen Stellen angewiesen, diese Noten in Zahlung zu nehmen. Es kommt jedoch nicht selten vor, daß die Noten an den Schaltern doch zurückgewiesen werden, da sie infolge der stark einschränkenden Bestimmungen über ihren Umlauf den Schalterbeamten nicht bekannt sind. Noten ausländischer Staaten, selbst wenn völlig unbekannt, werden in Deutschland, vor allem in Berlin, allgemein angenommen; Noten der deutschen Privatnotenbanken aber werden zurückgewiesen. Hier wäre es wirklich an der Zeit, eine großzügige Anerkennung zu schaffen.

Ich habe nicht die Absicht, im oben erwähnten Ansehung auf die Beziehungen zwischen Banken und Wirtschaft näher einzugehen, so verlockend es auch wäre. Auch die Erörterung der Frage der weiteren Kreditbeschaffung für unsere heimische Industrie möchte ich in diesem Kreise nicht aufnehmen. Es wird hierzu demnach an anderer Stelle Gelegenheit sein. Die badische Wirtschaft darf sich aber versichern lassen, daß die Regierung auf diesem so wichtigen Gebiete der Wiederaufbau unserer Betriebe nicht untätig ist und sein wird.

Preisermäßigung für Rübenherde. Der Verband deutscher Herdbesitzer hat bestimmt, daß die Herdenmitglieder ab 1. März nach einer neuen ermäßigten Brutpreisliste mit 30 Prozent Rabatt verkaufen.

Schwierigkeiten in der Zuckerindustrie. In der Zuckerindustrie scheint ein weiteres Unternehmen in eine bedrängte Lage geraten zu sein. „Früh. Ztg.“ verhandelt die Zuckerfabrik Wünnenberg in Hannover (Kapital 184 Mill.) mit ihren Rübenlieferanten wegen eines Fortbewerbsablasses auf etwa ein Drittel. Infolge der großen Zahl beteiligter Rübenbauer soll aber mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß eine Einigung nicht oder nicht schnell genug zustande kommt. In beteiligten Kreisen wird daher ein Antrag auf Geschäftsaussicht erwartet. Die Ausbreitung der Aktien in Hannover deutet schon darauf hin.

Deutsche Immobilien-Gesellschaft A.-G., München. Die Gesellschaft schließt 1925 mit einem Verlust von 38 458, der sich um den Gewinnvortrag von 18 976 auf 19 477 erhöht hat, und dann aus der Reserve gedeckt werden soll. Entsprechend der Marktfrage hätten nur unbedeutende Grundstücksverkäufe abgegeschlossen werden können.

Gesellschaft Verfales-Bierbrauerei A.-G., Cassel. Die Gesellschaft verteilt, wie bereits gemeldet, 7 (i. B. 5) Prozent Dividende auf 2,2 Mill. Stammaktien und 6 (i. B. 6) Prozent auf 20 000 Vorzugsaktien aus 214 500 Reingeldern nach 80 480 777 Abschreibungen. Die Anlagen und Einrich-

